



Tagesordnung

StuRa- Sitzung am 21.07.2020, 18 Uhr ct

TOP 0 Formalia

- 1) Feststellung der Beschlussfähigkeit. Es müssen mindestens 18 Mitglieder anwesend sein, da derzeit 10 Fachbereiche ruhen.
- 2) Genehmigung des Protokolls vom 14.07.2020.
- 3) Anmerkungen zur Tagesordnung.

TOP 1 Berichte

- 1) Vorstandsbericht

TOP 2 Abstimmungen

- 1) Rebecca Renz (AStA BIPoC* Referat)
- 2) Positionspapier zur Ersti-Woche (AntiDiskriminierungs Referat, Gender Referat, Kritische Mediziner*innen, Regenbogen Referat, SDS, Studieren ohne Hürden)
- 3) Wirtschaftsplan Rumpf 2020

TOP 3 Bewerbungen

- 1) Jonathan Hanser (AStA Vorstand)

TOP 4 Finanzanträge

- 1) Aktionswoche „Aufgeklärt“ (AK Aufgeklärt)

Beantragt sind 2.500,00€ aus dem **Gruppenunterstützungsbudget**, in diesem befinden sich noch 9.065,89€ von 9.065,89€ für dieses **Quartal (2. Quartal 20/21, bis 30.09.)**.

TOP 5 Sonstige Anträge

- 1) Ideelle Unterstützung (Global Shapers Hub Freiburg)
- 2) Positionspapier Deutsche Bildung AG (Fachbereich AGeSoz)
- 3) Kosten Digitale Wahl (Vorstand)

TOP 6 Wahlordnung

- 1) Neufassung der Wahlordnung (WahlO) der Verfassten Studierendenschaft (WSSK)

TOP 7 Ordnung zu Digitalen Sitzungen

- 1) Ordnung zu Digitalen Sitzungen

TOP 8 Satzungsändernde Anträge 2. Lesung

- 1) §17 II Fachbereichsvertreter*in (Fachschaft Physik)
- 2) 'Redaktionelle Änderung: Anpassen der Abschnittsnummerierung' (AK)
- 3) §4 Einrichtung von Beratungsstellen (AK)
- 4) §10 Abs. 1 Beschlussfähigkeit des StuRa (AK)
- 5) §10 Abs. 2 Satz 2 Bekanntgabe Ruhende Mandate (AK)
- 6) §10 Abs. 3 Mehrheiten und Quoren (AK)
- 7) §10 Abs. 6 Ideelle Unterstützung (AK)
- 8) §10 Abs. 7 Bekanntgabe von Beschlüssen (AK)
- 9) §10 Abs. 8 Inkrafttreten von Beschlüssen (AK)
- 10) §11 Abstimmungsverfahren in die StuRa GO (AK)
- 11) §12 Abs. 1 Protokollstelle (AK)

- 12) §12 Abs. 2 Zahl der Stellen im Präsidium (AK)
- 13) §12 Abs. 2 StuRa Präsidium auf der VV (AK)
- 14) §28 Abs 3. Redaktionelle Änderungen durch das Präsidium (AK)
- 15) §2 NeuerAbs.1(a) (AK)
- 16) §5 VV Termin (AK)
- 17) §7 Stellvertreterregelung im Senat (AK)
- 18) RgA Autonom (AK)
- 19) § 18 III Beschlussfähigkeit AStA (AK)
- 20) § 19 III Quotierung Vorstand (AK)
- 21) § 19 Anzahl Vorstandsmitglieder (AK)
- 22) § 19 IVa Vorstandswahl (AK)
- 23) § 20 I 4 Stellvertretende Referent*innen (AK)
- 24) § 20 III Kommissarische Weiterführung von Referaten (AK)
- 25) § 22 IIIa Vorabentscheidung WSSK (AK)
 - 25.1) Änderungsantrag (Juso HSG)
- 26) § 22 IV 2 Bindende Entscheidungen der WSSK (AK)
- 27) § 26 VI 1 Aufgabenverteilung Jahresabschluss (AK)
- 28) §26 Wirtschaftsjahr (AK)
- 29) §26 Abstimmung Wirtschaftsplan oder Haushaltsplan (AK)
- 30) §4 Abs 1 Online-Urabstimmung

TOP 9 Termine und Sonstiges

28.07.2020 15 Uhr. Podiumsdiskussion des Colloquium Politicum zu Thema „Corona und universitäre Lehre“. Auf dem Podium: Rektor Schiewer, Prorektorin für Studium und Lehre Besters-Dilger, Prof. Nicola Spakowski, Eva Rüskamp (Doktorandin), Jann Köster (Studentischer Senator).

Bis Ende Juli. Zentrale Befragung der Studierenden. **Sonderbefragung zum digitalen Semester** an der Uni Freiburg.

01.06. bis 15.08.2020: Rückmeldefrist



Bewerbung bei der Studierendenvertretung der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Name

Bewerbung auf
Studiengang

Bitte beantworte die folgenden Fragen mit jeweils max. 400 Zeichen. Gerne kannst du auch nur Stichworte nennen.

Was motiviert dich zu deiner Bewerbung?

Welche Erfahrungen bringst du zu deiner Bewerbung mit?

Was möchtest du im Rahmen deiner Arbeit erreichen?

Wirst du dich an das "imperative Mandat"¹ halten? Wie möchtest du dich mit dem Studierendenrat bzw. der Studierendenschaft im Allgemeinen rückbinden?

Dir steht es frei, deine Bewerbung um weitere Dokumente zu ergänzen. Sei dir bitte bewusst, dass diese zusammen mit dieser Bewerbung auf unserer Website veröffentlicht und dem StuRa vorgelegt werden.

V1.0-20200715

¹Personen, die vom Studierendenrat für Ämter und Posten ernannt werden, sind dazu angewiesen, die vom StuRa formulierten Positionen im Rahmen ihrer Aktivitäten umzusetzen. Personen, die sich für die Service-Stellen im Sekretariat oder Beratungsstellen bewerben, brauchen natürlich nicht näher auf die „Mandatsfrage“ eingehen.

Finanzantrag

Öffentlicher Teil

Dieser Teil des Antrags wird in den Protokollen der Studierendenvertretung auf z.B. der Homepage veröffentlicht.



Titel der Veranstaltung, Aktion bzw. Sache	
Aktionswoche "Aufgeklärt"	
Antragsteller*innen	Datum der Veranstaltung/ Fälligkeit der Mittel
Personen bzw. Gruppen, die den Antrag beim StuRa stellen.	23.-28. November 2020
Beschreibung der Veranstaltung/Sache und Bezug zur Studierendenvertretung	
Wesentliche Angaben wie Inhalt, Ziel des Projekts, beteiligte Gruppen.	
<p>Das Projekt „Sexualaufklärung aus queer-feministischen und sex-positiven Perspektiven“ soll als einwöchige Veranstaltungsreihe, bestehend aus verschiedenen Formaten wie Vorträgen, Workshops, Podiumsdiskussionen und Kulturveranstaltungen, an verschiedenen Orten in Freiburg stattfinden. Die Veranstaltungsreihe knüpft an die Aktionswoche "Aufgeklärt" an, die im November 2019 stattgefunden hat, und einen sehr großen Zulauf bei den verschiedenen Veranstaltungsformaten hatte. Wieder setzen wir den Fokus auf Niedrigschwelligkeit (auch: kostenlos!)</p> <p>Die Veranstaltungsreihe setzt den Fokus auf die Frage, wie eine queer-feministische, inklusive und sex-positive Sexualaufklärung aussehen und in pädagogischen Kontexten praktiziert werden kann. Da durch Sexualaufklärung gesellschaftliche Werte vermittelt werden, birgt sie die Gefahr sexistische, homo- und transfeindliche Ansichtsweisen über Sexualität zu reproduzieren. Auf theoretischer sowie persönlicher Ebene dürfen die Teilnehmenden durch vielfältige Angebote Geschlechterstereotypen in der Sexualität auf den Grund gehen, Normen und Tabus hinterfragen und sich mit der Rolle von Sexualaufklärung als gesellschaftskritischer Praxis auseinandersetzen. Außerdem ist es dem Aktionskreis ein Anliegen, feministische Akteur*innen aus Freiburg zu vernetzen, um Veranstaltungen dieser Art zu verstetigen.</p> <p>Bisher haben sich das Artik, "aufbegehren!"-Kollektiv, Studierende der PH, EH und der Uni Freiburg zu einem Aktionskreis zusammengeschlossen, um diese Aktionswoche gemeinsam auszurichten.</p>	
Finanzplan	Wird der StuRa als Sponsor/ Unterstützer genannt?
Aus dem Plan sind alle insgesamt anfallenden Kosten und der hier beantragte Teil aufzuführen sowie eine Auflistung, wie der Rest finanziert wird (andere Organisationen, Einnahmen etc.).	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Ausgaben Honorare +4,2% Künstler*innensozialabgaben	Einnahmen
Honorare: ca. 3700 Euro	Einnahmen aus Spenden: Die Workshops sollen niedrigschwellig und für Alle* zugänglich sein, unabhängig der finanziellen Situation. Es soll deshalb auf Eintrittsgelder verzichtet werden.
Honorare für Workshopleiter*innen, Podiumsteilnehmer*innen, Moderation, Graphiker*in, Techniker*in, Organisation	Bereits bewilligte Mittel: 2000 Euro der VS PH Freiburg.
Ausgaben Rest	
Alle restlichen Ausgaben	
Material: 100 Euro Druckkosten: 150 Euro Raummiete: 200 Euro Technikmiete: 200 Euro Lizenzen: 150 Euro	
Beim StuRa/AStA beantragter Teil der Ausgaben	
Honorare: 2200 Euro, Technikmiete: 200 Euro, Material: 100 Euro = Insgesamt 2500 Euro.	

Anhang zum Finanzantrag Aktionswoche „Aufgeklärt?!“

Einreichende Person: Judith Scheck (judithscheck@gmx.de)

Begründung zu den Honoraren:

Die Honorare wurden von uns bisher nicht kalkuliert, da wir bisher keine Zusagen von Personen haben, die Workshops, Vorträge o.Ä. anbieten werden.

Einer unserer Grundsätze ist, dass wir die Honorare bedürfnisorientiert auszahlen möchten, d.h. wenn eine Person davon lebt, Vorträge und Workshops zu geben, dann kann sie ein höheres Honorar bekommen, als z.B. eine Person, die bei einer Organisation wie z.B. FMGZ angestellt ist, und das Honorar nicht den Lebensunterhalt der Workshopgebenden Person darstellt. Für Honorare z.B. des FMGZ haben wir letztes Jahr 100 Euro für einen abendfüllenden Workshop gezahlt, für einen Workshop von Personen, die freiberuflich tätig sind und entsprechende Qualifikationen aufwiesen, Honorare zwischen 200-500 Euro, auch je nach Umfang der Workshops und Vorträge.

Unsere Aktionswoche ist gesellschaftskritisch, was sich auch in unserem Eigenen Handeln in Bezug auf Bezahlung und Geld widerspiegeln soll. Denn es existiert in der Gesellschaft häufig die Erwartung, vor allem an Frauen*, Wissen und Input im Rahmen von ehrenamtlichen Tätigkeiten unentgeltlich weiterzugeben, wogegen wir ein klares Zeichen setzen wollen, indem wir die Zeit und Arbeit, die Menschen einsetzen, auch fair bezahlen möchten. Was fair ist, kann meistens die Person, die den Aufwand investiert, am besten beurteilen, weshalb wir die Honorare in Abstimmung mit diesen Personen festlegen.

Wir haben aus dem letzten Jahr die Erfahrung gemacht, dass wir mit der Kalkulation und den zur Verfügung stehenden Geldern wirtschaftlich umgegangen sind.

Stellungnahme Corona-Vorgaben:

Wir haben die Erfahrung geteilt, dass das Online-Angebot von Seminaren und Webinaren eine große Bereicherung für viele Personen darstellt. Deshalb haben wir uns dazu entschieden, die Veranstaltungen, sollte dies im Herbst in Präsenz möglich sein, jeweils immer zusätzlich als online-Veranstaltung anzubieten, und haben dafür auch Honorare eingeplant, um Menschen bezahlen zu können, die für die Aufnahmen und ggf. Streaming zuständig sind. Zusätzlich wollen wir für die Dokumentation der Veranstaltung Kooperationen mit z.B. „we talk Freiburg“ beginnen, wofür wir auch Honorare einplanen. Sollten Veranstaltungen in Präsenz nicht möglich sein, wollten wir komplett auf Online-Formate umstellen. Die Planung erfolgt aber so, wie es die momentanen Verordnungen zulassen. D.h. wir Planen auch Veranstaltungen, die mit einem passenden Hygienekonzept in Präsent

durchführbar sind. Wir können Räumlichkeiten des ArTik und der PH voraussichtlich nutzen, die groß genug sind, um mit Abstandsregeln, Masken tragen und Händedesinfektion die Gesundheit der Teilnehmenden zu schützen.

Weitere Fragen dazu beantworte ich gerne.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom

Titel:

Antragssteller*in:

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,

Begründung:

Hinweise:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (bspw. "Mitarbeiter*innen" statt "Mitarbeiter").

Sollte der Platz auf diesem Formular nicht ausreichen ist ein Anhang zu verwenden.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom

21.07.2020

Titel:

Positionspapier zum Finanzunternehmen "Deutsche Bildung Aktiengesellschaft"

Antragssteller*in:

AK Studi-Nothilfe und Studienfinanzierung der FS AGeSoz

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,
das Positionspapier im Anhang zu unterstützen.

Begründung:

Wie in vielen anderen Bereichen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens wirkt die Corona-Krise auch im Kontext Studium wie ein Brennglas und hebt seit Langem bestehende Probleme verstärkt hervor. Seit März steht eine immense Zahl Studierender ohne Nebenjob da [1] – für viele die Grundvoraussetzung, durch die die Finanzierung des Studiums überhaupt erst ermöglicht wird. Unterstützung für die Wirtschaft wurde in enormem Umfang innerhalb weniger Wochen auf den Weg gebracht [2], Studierende aber blieben über Monate auf der Strecke. Seit letztem Monat gibt es endlich Hilfeleistungen wie die Überbrückungshilfe und den KfW-Studienkredit – diese ermöglichen Betroffenen aber weder eine würdevolle Finanzierung ihres Studiums und Lebensunterhalts, noch verhindern sie, dass Studierende ihr Studium abbrechen müssen. Denn mit den maximal 500 Überbrückungshilfe lässt sich in vielen Uni-Städten in Deutschland gerade mal die Miete zahlen. Neben Kosten für Krankenversicherung und Lebenshaltung kommen für viele Betroffene auch Schulden aus den Vormonaten dazu, wenn sie sich – aufgrund fehlender Unterstützung durch den Staat – von Freunden, Verwandten oder Familie Geld geliehen haben, um überleben zu können. Studienfinanzierung ist seit Jahren ein Thema, das trotz allem immer noch zu wenig Aufmerksamkeit erhält und nach wie vor keine Lösung erfahren hat. Das jetzige BAFöG-System benachteiligt viele Studierende und wird seinem Auftrag in keiner Weise gerecht. Chancengleichheit beim Hochschulzugang und

Hinweise:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (bspw. "Mitarbeiter*innen" statt "Mitarbeiter").

Sollte der Platz auf diesem Formular nicht ausreichen ist ein Anhang zu verwenden.

Positionspapier zum Finanzunternehmen „Deutsche Bildung Aktiengesellschaft“

Begründung

Wie in vielen anderen Bereichen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens wirkt die Corona-Krise auch im Kontext Studium wie ein Brennglas und hebt seit Langem bestehende Probleme verstärkt hervor.

Seit März steht eine immense Zahl Studierender ohne Nebenjob da [1] – für viele die Grundvoraussetzung, durch die die Finanzierung des Studiums überhaupt erst ermöglicht wird. Unterstützung für die Wirtschaft wurde in enormem Umfang innerhalb weniger Wochen auf den Weg gebracht [2], Studierende aber blieben über Monate auf der Strecke. Seit letztem Monat gibt es endlich Hilfeleistungen wie die Überbrückungshilfe und den KfW-Studienkredit – diese ermöglichen Betroffenen aber weder eine würdevolle Finanzierung ihres Studiums und Lebensunterhalts, noch verhindern sie, dass Studierende ihr Studium abbrechen müssen. Denn mit den maximal 500€ Überbrückungshilfe lässt sich in vielen Uni-Städten in Deutschland gerade mal die Miete zahlen. Neben Kosten für Krankenversicherung und Lebenshaltung kommen für viele Betroffene auch Schulden aus den Vormonaten dazu, wenn sie sich – aufgrund fehlender Unterstützung durch den Staat – von Freunden, Verwandten oder Familie Geld geliehen haben, um überleben zu können.

Studienfinanzierung ist seit Jahren ein Thema, das trotz allem immer noch zu wenig Aufmerksamkeit erhält und nach wie vor keine Lösung erfahren hat. Das jetzige BAFöG-System benachteiligt viele Studierende und wird seinem Auftrag in keinsten Weise gerecht: Chancengleichheit beim Hochschulzugang und gesamtgesellschaftliche Teilhabe an Bildung existieren mit der aktuellen BAFöG-Realität schlicht und ergreifend nicht.

Es gilt, für eine gerechte Studienfinanzierung für alle einzustehen und für diese zu kämpfen.

Aber dieses Papier soll sich erst einmal nicht mit diesen großen Fragen befassen, sondern sich zunächst explizit mit einem einzelnen Unternehmen auseinandersetzen, der "Deutsche Bildung Aktiengesellschaft". Das Kreditinstitut ist letzten Endes als Konsequenz aus dem bestehenden System hervorgegangen und fällt besonders jetzt in der Corona-Krise durch sein offensives Marketing auf.

[1] <https://www.zeit.de/campus/2020-07/nebenjobs-studenten-hochschueler-coronavirus-existenzengste-jobverlust-juso-hochschulgruppe>

[2] <https://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2020-03/coronavirus-wirtschaftskrise-deutschland-unternehmen-selbststaendige-hilfe-staat#so-will-der-staat-konzernen-helfen>

Positionen und Forderungen

Die "Deutsche Bildung AG" ist ein Finanzunternehmen, das sich auf Studienkredite spezialisiert hat. Laut firmeneigenem Framing handelt es bei dem Studienfond um einen „umgekehrten Generationenvertrag“ [3]. Konkret besagt dies, dass die Deutsche Bildung AG etwas kulanter als andere Finanzdienstleister mit verzögerter Rückzahlung umgeht, wenn z.B. Schwangerschaft, Krankheit oder Arbeitslosigkeit die Rückzahlungsfähigkeit einschränken. In diesem Fall kann die Rückzahlung ohne zusätzliche Zinsbelastung pausiert werden. Weiterhin wird keine feste monatliche Rückzahlungssumme festgesetzt, sondern die Raten werden mit einem vorher festgelegten Prozentsatz des Bruttoeinkommens bemessen. Und für Studierende, die nach Abschluss ihres Studiums weniger als €1.500,- brutto monatlich verdienen, ist eine zinsfreie Rückzahlung möglich.

Das klingt auf den ersten Blick gar nicht verkehrt, doch der Schein trügt. Laut Rechenbeispiel auf der eigenen Website [4] wird ein Kredit über €8.400,- über 48 Monatsraten á €290,50,- (entspricht 8,3% von €3.500,- Bruttoeinkommen) zurückgezahlt. Die Gesamtsumme, die zurückgezahlt wird, beläuft sich also auf €13.944,-. Das sind €5544,- Zinsen, 66% des Betrags, der ursprünglich als Kredit aufgenommen wurde.

Dazu der schon viel kritisierte Kredit der KfW-Bank im Vergleich, ohne das Jahr Zinsfreiheit zu berücksichtigen [5]:

Ein Kredit über €8.400,- wird über 48 feste Monatsraten á €160,69 zurückgezahlt. Die Gesamtsumme, die zurückgezahlt wird, beläuft sich also auf €9.153,12. Das sind €753,12 Zinsen, 8,97% des Betrags, der ursprünglich als Kredit aufgenommen wurde.

Natürlich haben beide Kredite verschiedenen Zahlungsmodalitäten, aber es ist offensichtlich, dass die "Deutsche Bildung AG" enormen Gewinn macht.

Vor dem Kontext der prekären Lage, in der sich viele Studierende durch die Corona-Krise befinden, wollen wir die "Deutsche Bildung AG" und ihr Agieren scharf kritisieren. Uns in dieser Situation durch manipulatives Marketing einen überbewerteten Studienkredit anzubieten und dies als Anteilnahme zu verkaufen, lassen wir nicht unkommentiert stehen.

Eine große, auf Studierende zugeschnittene, konzertierte Werbeaktion unter dem Deckmantel der Solidarität und der politischen Unterstützung für die Belange Studierender auf den Weg zu bringen ist geschmacklos. Sich dabei durch die Bespielung von Fachschafts-Mailverteilern ein gewisses Maß an Legitimität und Seriösität anzueignen ist perfide. Und das alles in einer Situation, in der sich Studierende durch den Verlust ihres Nebenjobs, gekürzten oder gänzlich ausbleibenden Unterhalt der Eltern oder anderen weggebrochenen Finanzierungsmöglichkeiten sowie enormen mentalen Belastungen durch ebendiese Entwicklungen in einer höchst prekären Lage befinden, in einem vulnerablen, äußerst suggestiblen Zustand.

Die "Deutsche Bildung AG" versucht durch die Manipulation Betroffener in ihrer Notlage auszunutzen, um auf ihre Kosten Profite zu machen. Diese Ausartung kapitalistischer Verwertungslogik ist inakzeptabel. Wir positionieren uns mit Vehemenz gegen die "Deutsche Bildung AG", ihr Handeln und jegliches Handeln anderer Kreditinstitute, die sich ähnlichem Handeln bedienen. Als Studierendenvertretung rufen wir dazu auf, die Deutsche Bildung AG und ihre Produkte konsequent und dauerhaft zu boykottieren.

Der StuRa bittet den Vorstand und das Sozialreferat:

a) in einer Pressemitteilung und über Social Media das Unternehmen "Deutsche Bildung AG" zu kritisieren und die Studierenden über den Sachverhalt zu informieren.

b) Kontakt mit dem Ausschuss Sozialpolitik des FZS in dieser Angelegenheit aufzunehmen. (<https://www.fzs.de/ausschuesse/sozialpolitik/>)

c) die LAK (LandesASTenKonferenz) zu bitten, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen und einen Beschluss dazu zu fassen. (<https://lastuve-bawue.de/>)

d) in Kontakt mit den Studierendenvertretungen anderer Hochschulen und Universitäten in Deutschland zu treten und herauszufinden, welches Ausmaß diese Werbeaktion hat.

[3] https://www.deutsche-bildung.de/fileadmin/Dokumente/Whitepaper_Wie_funktioniert_ein_Studienfonds_190905.pdf

[4] <https://www.deutsche-bildung.de/de/finanzierung/rueckzahlung/>

[5] https://onlinekreditportal.kfw.de/BK_Tilgungsrechner/Rechner/Studienkredit/Main2.jsp#anker



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 21.07.2020

Titel:

Kosten der digitalen Wahl

Antragssteller*in:

Vorstand

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,
dass die VS ein Drittel der Kosten zur digitalen Durchführung der Universitäts- und StuRa-Wahl 2020 (basierend auf dem vorliegenden Angebot der Firma Polyas) übernimmt, um diese Wahlen in Kooperation mit der Universität durchführen zu können.

Begründung:

Aufgrund von Covid-19 finden die Universitäts- und StuRa-Wahlen dieses Jahr digital statt. Zur Durchführung soll daher von Uni und StuRa gemeinsam eine Firma beauftragt werden.

Die Universität hat dabei von der Firma Polyas ein Angebot über 16.500,- Euro netto (ohne Steuern) erhalten. Die Kosten für die Wahlen richten sich nach der Wahl der Wahlberechtigten. Dabei ist unerheblich, wie viele Wahlen (Stimmzettel) gleichzeitig durchgeführt werden. Es ist deshalb ohne zusätzliche Kosten möglich, die Wahlen der Verfassten Studierendenschaft und die Universitätswahlen gemeinsam durchzuführen (würden VS und Universität die Wahlen getrennt durchführen, hätte jede Seite 16.500,- Euro zu bezahlen), weshalb sich eine gemeinsame Durchführung und Finanzierung anbietet.

Die Universität ist bereit, zwei Drittel der Kosten zu tragen – ein Drittel würde die Verfasste Studierendenschaft beitragen. Sollte die VS sich für die ein Wahlverfahren mit der Möglichkeit des Hinzufügens von Namen entscheiden (hier ist offenbar noch keine finale Entscheidung gefallen), kämen zusätzliche Kosten hinzu, die die VS tragen müsste (siehe Angebot). Generell rechnen wir damit, dass die Kosten künftig geringer ausfallen werden, da das Land aktuell einen Rahmenvertrag für die baden-württembergischen Hochschulen mit Polyas verhandelt.

Nach aktuellem Angebot (das sich wie erwähnt noch leicht verändern kann), würde die VS dementsprechend 6.686,61 Euro bezahlen, was das Wahlbudget des vergangenen Jahres nicht übersteigen würde.

Hinweise:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (bspw. "Mitarbeiter*innen" statt "Mitarbeiter").

Sollte der Platz auf diesem Formular nicht ausreichen ist ein Anhang zu verwenden.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom

21.07.2020

Titel:

Neufassung der Wahlordnung (WahlO) der Verfassten Studierendenschaft

Antragssteller*in:

WSSK

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,

die Wahlordnung (WahlO) der Verfassten Studierendenschaft vollständig neu zu fassen und zwar im Wortlaut der

a) in Anlage I genannten Fassung,

ODER

b) in Anlage II genannten Fassung.

Begründung:

Aufgrund der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sollen die StuRa-Wahlen als elektronische Wahl stattfinden. Der StuRa hat am 19.05.2020 einen entsprechenden Richtungsbeschluss gefällt. Seitdem arbeitete die WSSK gemeinsam mit der Wahlkoordination, dem Vorstand und Vertreter*innen des Rektorats an einer entsprechenden Überarbeitung der WahlO. Die vorliegenden Beschlussvorschläge schaffen für künftige Wahlen die Möglichkeit elektronischer Wahl, definieren die Einzelheiten der technischen Umsetzung und orientieren sich maßgeblich an WahlO anderer Universitäten, welche bereits Erfahrungen mit elektronischen Wahlen gesammelt haben. Es wurde auf Kompatibilität mit der WahlO der Uni Freiburg geachtet, sodass die Wahlen wie gewohnt „gemeinsam“ stattfinden können.

Die Beschlussvorlagen in Anhang I und II unterscheiden sich in der Umsetzung von Freitextfeldern (Freies Hinzufügen von Namen gem. § 14 Abs. III und IV) bei elektronischen Wahlen. Die WSSK hält diese Entscheidung für hochgradig politisch und legt dem StuRa daher zwei fertig ausgearbeitete Fassungen vor, sodass der StuRa sich für eine der beiden Alternativen entscheiden kann. Die WSSK bittet insofern auch um Beachtung des Dokuments in Anlage III, welches Vor- und Nachteile der beiden Optionen zusammenfasst und den Mandatsträger*innen eine Entscheidungsgrundlage bieten soll.

Hinweise:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (bspw. „Mitarbeiter*innen“ statt „Mitarbeiter“).

Sollte der Platz auf diesem Formular nicht ausreichen ist ein Anhang zu verwenden.

Anlage I zum Antrag der WSSK in der StuRa-Sitzung vom 21.07.2020
(Option mit Freitextfeldern)

**Wahl- und Urabstimmungsordnung der Verfassten Studierendenschaft
der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg**

*Aufgrund von § 65a Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 Satz 2 des
Landeshochschulgesetzes (LHG) vom 1. Januar 2005 (GBl. S. 1), zuletzt
geändert durch Artikel 2 Verfasste-Studierendenschafts-Gesetz vom 10.
Juli 2012*

*(GBl. S. 457), sowie der §§ 4 Abs. 6, 6 Abs. 4 und 10 Abs. 3 der
Organisationssatzung der Studierendenschaft der Universität Freiburg
(Satzung) vom 17. Mai 2013 (Amtliche Bekanntmachungen der Albert-
Ludwigs-Universität Freiburg Jhg. 44 Nr. 28 vom 17.05.2013) hat der
Studierendenrat der Verfassten Studierendenschaft der Universität
Freiburg (Studierendenrat) am xx.xx.xxxx die nachstehende Wahl- und
Urabstimmungsordnung der Verfassten Studierendenschaft der
Universität Freiburg beschlossen.*

*Das Rektorat der Universität Freiburg hat diese Wahlordnung
am xx.xx.xxxx gemäß § 65b Abs. 6 Satz 3 des LHG genehmigt.*

In dieser Ordnung wird grundsätzlich das Gendersternchen (*) verwendet. Dieses soll die Vielfalt der Ausprägungen besonders menschlicher Sexualität und Geschlechterrollen in all ihren Dimensionen versinnbildlichen und stellt eine deutliche Positionierung gegen die Reproduktion patriarchaler Strukturen vor allem über eine sprachliche Indifferenz im Zuge einer rhetorischen Modernisierung der Geschlechterverhältnisse dar.

Abschnitt I: Allgemeine Vorschriften

§ 1 Geltungsbereich

Diese Wahl- und Urabstimmungsordnung gilt für die Wahlen der Fachbereichsvertreter*innen und Initiativen nach § 8 der Satzung, die gemeinsam den Studierendenrat bilden, sowie für Urabstimmungen der Studierendenschaft der Albert - Ludwigs-Universität Freiburg (Studierendenschaft) gemäß den allgemeinen Vorgaben der Satzung.

§ 1a Elektronische Wahl

Die WSSK kann mit der Mehrheit der Stimmen ihrer Mitglieder (absolute Mehrheit) beschließen, dass die Wahl als internetbasierte Online-Wahl (elektronische Wahl) durchgeführt wird. Die elektronische Wahl ist nur zulässig, wenn bei ihrer Durchführung die geltenden Wahlrechtsgrundsätze, insbesondere die Grundsätze der geheimen Wahl und der Öffentlichkeit der Wahl, gewahrt sind. Die WSSK soll darauf hinwirken, dass die Modalität der Wahl in Abstimmung mit dem Rektorat getroffen wird.

§ 2 Wahlberechtigung

- (1) Aktiv und passiv wahlberechtigt sind alle Mitglieder der Studierendenschaft nach § 65 Abs. 1 LHG (Studierende).
- (2) Jede*r Studierende ist nur in einem Fachbereich wahlberechtigt. Die Fachbereichszugehörigkeit ergibt sich aus dem Wähler*innenverzeichnis.

§ 3 Abstimmungszeitraum

- (1) Die Wahlen und Abstimmungen müssen während eines Semesters innerhalb der Vorlesungszeit stattfinden.
- (2) Der Zeitraum für die Wahlen oder Abstimmung beträgt zwischen einem und drei Tagen.

(3) An jedem Abstimmungstag müssen die Wahllokale mindestens von 10:00 Uhr bis 18:00 Uhr durchgehend geöffnet sein.

§ 3a Abstimmungszeitraum bei elektronischer Wahl

Findet eine elektronische Wahl statt, muss die elektronische Abstimmung abweichend von § 3 Abs. 3 mindestens 36 Stunden und maximal 14 Tage durchgängig möglich sein. Am ersten Wahltag beginnt die elektronische Abstimmung zu dem Zeitpunkt, welcher gem. § 5a IV Nr. 2 bekannt gemacht wurde.

§ 4 Wahlorgane

(1) Wahlorgane sind

1. die Wahl-, Schlichtungs- und Satzungskommission (WSSK),
2. die dezentralen Wahlausschüsse und
3. der Wahlprüfungsausschuss.

Wahlbewerber*innen sowie Vertreter*innen eines Wahlvorschlags und ihre Stellvertretungen können nicht Mitglieder dieser Organe sein.

(2) Der AStA wählt die Mitglieder der dezentralen Wahlausschüsse sowie des Wahlprüfungsausschusses und die erforderlichen Wahlhelfer*innen aus dem Kreis der Studierenden. Er verpflichtet sie schriftlich auf die gewissenhafte und unparteiische Erledigung ihrer Aufgaben.

(3) Der WSSK obliegt die Beschlussfassung über die eingereichten Wahlvorschläge sowie die Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses. Sie führt die Gesamtaufsicht über die Wahlen. Sie sichert die organisatorische und technische Vorbereitung, die Durchführung und die Nachbereitung der Wahlen (Wahlleitung).

(4) In jedem Wahlraum leitet ein dezentraler Wahlausschuss die Abstimmung und ermittelt das Abstimmungsergebnis. Der dezentrale Wahlausschuss besteht aus einer*inem Vorsitzenden und mindestens zwei Beisitzer*innen; ein Mitglied nimmt zugleich das Amt der*des stellvertretenden Vorsitzenden, ein anderes Mitglied das Amt der*des Schriftführer*in wahr. Der dezentrale Wahlausschuss kann seine Aufgaben nur bei Anwesenheit von mindestens zwei Mitgliedern ausführen.

(5) Die WSSK kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben organisatorische Kompetenzen an eine vom Studierendenrat bestätigte Wahlkoordinationsperson abgeben. Diese

unterstützt die WSSK in der organisatorischen Durchführung der Wahl und nimmt nach Bedarf an den Sitzungen der WSSK beratend teil.

§ 4a Wahlorgane bei elektronischer Wahl

- (1) Wahlorgane bei einer elektronischen Wahl sind
1. die Wahl-, Schlichtungs- und Satzungskommission (WSSK),
 2. der Wahlprüfungsausschuss,
 3. der Wahlausschuss.

Wahlbewerber*innen sowie Vertreter*innen eines Wahlvorschlags und ihre Stellvertretungen können nicht Mitglieder dieser Organe sein.

(2) § 4 Abs. 2 gilt bei einer elektronischen Wahl für die Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses und Wahlausschusses entsprechend.

(3) § 4 Abs. 3 gilt bei einer elektronischen Wahl entsprechend.

(4) Der Wahlausschuss bei elektronischer Wahl ermittelt das Abstimmungsergebnis im Falle von gem. § 14 Abs. 3 und 4 abgegebenen Stimmen (Freitext-Felder). Für seine Zusammensetzung sowie seine Entscheidungen gilt § 4 IV entsprechend.

(5) § 4 Abs. 5 gilt bei einer elektronischen Wahl entsprechend.

§ 5 Bekanntmachung der Wahl

(1) Die WSSK hat spätestens am 42. Tag vor dem Wahltag die Wahl bekannt zu machen. Änderungen der Wahlräume sowie der Zuweisung der Wahlberechtigten zu diesen Räumen nach Abs. 4 Ziffer 2 können bis längstens eine Woche vor dem Wahltag erfolgen und sind bekannt zu machen.

(2) Die Frist des Abs. 1 beschränkt sich bei Urabstimmungen und außerordentlichen Neu- oder Nachwahlen auf eine Bekanntmachung 14 Tage vor dem Wahltag.

(3) Die Bekanntmachung erfolgt durch Veröffentlichung auf den Webseiten der Studierendenschaft sowie durch Anschlag an geeigneten Orten.

(4) Die Bekanntmachung hat zu enthalten:

1. den Wahltag bzw. die Wahltag und den Abstimmungszeitraum,

2. die Lage der Wahlräume und die Zuweisung der Wahlberechtigten zu diesen Wahlräumen nach Fachbereichen,
3. die Zahl der zu wählenden Mitglieder und deren Amtszeit oder die Abstimmungsfrage,
4. die Wahlmodalitäten,
5. die Aufforderung, innerhalb der Frist nach § 10 Abs. 1 Wahlvorschläge bei der WSSK einzureichen; dabei sind Hinweise auf Form und Inhalt der Wahlvorschläge zu geben,
6. den Hinweis, dass nur wählen kann, wer in das Wähler*innenverzeichnis eingetragen ist,
7. den Hinweis, dass nur wählbar ist, wer in das Wähler*innenverzeichnis eingetragen und nicht Mitglied eines Wahlgangs ist,
8. den Hinweis, dass alle Wahlberechtigten nur in einem Fachbereich wählen können,
9. den Hinweis, dass durch persönliche Stimmabgabe im Wahlraum oder durch Briefwahl gewählt werden kann und dass nur mit amtlichen Stimmzetteln, im Falle der Briefwahl mit amtlichen Briefwahlunterlagen gewählt werden darf,
10. die Antrags- und Abgabefristen der Briefwahl,
11. den Hinweis, dass Wahlbewerber*innen, Vertreter*innen eines Wahlvorschlags und deren Stellvertreter*innen nicht Mitglieder eines Wahlgangs sein können.

§ 5a Bekanntmachung der Wahl bei elektronischer Wahl

- (1) Die WSSK hat spätestens am 42. Tag vor dem Wahltag die elektronische Wahl bekannt zu machen.
- (2) § 5 Abs. 2 gilt bei elektronischen Wahlen entsprechend.
- (3) § 5 Abs. 3 gilt bei elektronischen Wahlen entsprechend.
- (4) Die Bekanntmachung der elektronischen Wahl hat zu enthalten:
 1. den Hinweis, dass elektronische Wahl stattfindet,
 2. den Wahltag bzw. die Wahltag und den Abstimmungszeitraum,
 3. die Zahl der zu wählenden Mitglieder und deren Amtszeit oder die Abstimmungsfrage,
 4. die Wahlmodalitäten,

5. die Aufforderung, innerhalb der Frist nach § 10 Abs. 1 Wahlvorschläge bei der WSSK einzureichen; dabei sind Hinweise auf Form und Inhalt der Wahlvorschläge zu geben,
6. den Hinweis, dass nur wählen kann, wer in das Wähler*innenverzeichnis eingetragen ist,
7. den Hinweis, dass nur wählbar ist, wer in das Wähler*innenverzeichnis eingetragen und nicht Mitglied eines Wahlorgans ist,
8. den Hinweis, dass alle Wahlberechtigten nur in einem Fachbereich wählen können,
9. den Hinweis, dass im Falle einer elektronischen Wahl die Möglichkeit der Briefwahl entfällt,
10. den Hinweis, dass Wahlbewerber*innen, Vertreter*innen eines Wahlvorschlags und deren Stellvertreter*innen nicht Mitglieder eines Wahlorgans sein können.

§ 6 Fristen und Termine

- (1) Auf die Berechnung der in dieser Wahl- und Urabstimmungsordnung bestimmten Fristen finden die Vorschriften der §§ 186 bis 193 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, dass sich Fristen, deren letzter Tag auf einen Samstag, einen Sonntag oder einen gesetzlichen Feiertag fallen, nicht verlängern.
- (2) Soweit für die Stellung von Anträgen oder die Einreichung von Vorschlägen die Wahrung einer Frist vorgeschrieben ist, läuft die Frist abweichend von § 188 Abs. 1 BGB um 14:00 Uhr und nicht um Mitternacht ab. Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist ausgeschlossen.

Abschnitt II: Wähler*innenverzeichnis

§ 7 Wähler*innenverzeichnis

- (1) Das Wähler*innenverzeichnis ordnet die Studierenden jeweils einem Fachbereich zu. Studierende können nur einem Fachbereich zugeordnet werden, in

dem sie immatrikuliert sind. Wird kein Fachbereichswechsel angezeigt, so sind die Studierenden dem Fachbereich ihres ersten Hauptfaches zugeordnet.

(2) Jede*r Studierende kann per schriftlicher Mitteilung an die WSSK ihren oder seinen Fachbereich wechseln. Dieser Wechsel gilt nur für Wahlen, die mindestens 27 Tage nach der Erklärung des Fachbereichswechsels stattfinden.

(3) Das Wähler*innenverzeichnis wird von der WSSK in Zusammenarbeit mit der Universitätsverwaltung geführt.

(4) Das Wähler*innenverzeichnis muss Raum für folgende Angaben enthalten:

1. laufende Nummer,
2. Nachname,
3. Vorname,
4. Matrikelnummer,
5. die Fachbereichszugehörigkeit,
6. Vermerk über die Ausgabe von Briefwahlunterlagen,
7. Vermerk über Stimmabgabe, ggf. getrennt nach zu wählenden Gremien,
8. Bemerkungen.

§ 8 Auslegung des Wähler*innenverzeichnis

(1) Das Wähler*innenverzeichnis ist spätestens am 35. Tag vor dem Wahltag für mindestens vierzehn Tage während der Öffnungszeit des Sekretariats der Studierendenschaft den Mitgliedern zur Einsichtnahme zugänglich zu machen. Das Recht zur Einsichtnahme beschränkt sich auf die Angaben zur eigenen Person.

(2) Die Frist des Abs. 1 beschränkt sich bei Urabstimmungen und außerordentlichen Neu- oder Nachwahlen auf eine Auslegung für drei Arbeitstage, beginnend spätestens am zehnten Tag vor der Wahl.

(3) Die Auslegung ist bekannt zu machen; es gilt die Form des § 5 Abs. 3. Die Bekanntmachung muss folgende Angaben beinhalten:

1. Ort, Dauer und Zeit der Auslegung des Wähler*innenverzeichnisses,
2. die Angabe, bis zu welchem Zeitpunkt und bei welcher Stelle Berichtigungen, Änderungen oder Ergänzungen beantragt werden können,
3. der Hinweis, dass nach Ablauf der Auslegungsfrist ein Antrag auf Berichtigung oder Ergänzung des Wähler*innenverzeichnisses nicht mehr zulässig ist,

4. der Hinweis, dass nur wählen darf, wer im Wähler*innenverzeichnis eingetragen ist.

(4) Der Tag und die Art der Bekanntmachung sowie Ort, Beginn und Ende der Auslegung sind am Schluss des Wähler*innenverzeichnisses von der WSSK zu beurkunden.

(5) Bei der gleichzeitigen Durchführung mehrerer Wahlen kann ein einheitliches Wähler*innenverzeichnis aufgestellt werden, aus dem jedoch hervorgehen muss, wer für die jeweilige Wahl wahlberechtigt ist. Insbesondere die Zugehörigkeit zum jeweiligen Fachbereich muss festgelegt werden.

(6) Das Wähler*innenverzeichnis ist vor der Auslegung vorläufig abzuschließen und von der WSSK unter Angabe des Datums als richtig und vollständig zu beurkunden.

§ 9 Änderung des Wähler*innenverzeichnisses

(1) Das Wähler*innenverzeichnis kann bis zum Ablauf der Auslegungsfrist berichtigt oder ergänzt werden.

(2) Jedes Mitglied der Studierendenschaft kann, wenn es das Wähler*innenverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, dessen Berichtigung oder Ergänzung während der Dauer der Auslegung beantragen. Es hat die erforderlichen Beweise beizubringen, sofern die behaupteten Tatsachen nicht offenkundig sind. Der Antrag ist schriftlich zu stellen. Über den Berichtigungsantrag entscheidet die WSSK. Die Entscheidung muss bei der Ausübung des passiven Wahlrechts vor Abgabefrist der Wahlvorschläge nach § 10 Abs. 1, bei der Ausübung des aktiven Wahlrechtes vor Schluss des Wähler*innenverzeichnisses ergehen. Sie ist der*dem* Antragsteller*in und anderen Betroffenen schriftlich mitzuteilen.

(3) Nach Ablauf der Auslegungsfrist, bis zum endgültigen Abschluss des Wähler*innenverzeichnisses, können Eintragungen und Streichungen nur im Vollzug von Entscheidungen im Berichtigungsverfahren vorgenommen werden.

(4) Das Wähler*innenverzeichnis kann bis zum Tag vor dem ersten Wahltag von der WSSK berichtigt und ergänzt werden, wenn es offensichtliche Fehler, Unstimmigkeiten oder Schreibversehen enthält. Danach ist es endgültig abgeschlossen.

(5) Alle ab dem Beginn der Einsichtsfrist vorgenommenen Veränderungen sind in der Spalte "Bemerkungen" zu erläutern und mit Datum und Unterschrift zu beurkunden.

Abschnitt III: Wahlvorschläge

§ 10 Wahlvorschläge, Fristen und Verfahren

(1) Die Wahlvorschläge sind bei der WSSK spätestens 28 Tage vor der Wahl einzureichen. Die WSSK setzt einen Zeitpunkt für die frühestmögliche Einreichung fest. Die Frist aus Satz 1 beschränkt sich bei außerordentlichen Neu- oder Nachwahlen auf zehn Tage vor der Wahl.

(2) Auf dem Wahlvorschlag vermerkt die WSSK Datum und Uhrzeit des Eingangs. Sie prüft unverzüglich, ob der eingegangene Wahlvorschlag den Erfordernissen dieser Wahl- und Urabstimmungsordnung entspricht, teilt etwaige Mängel der*dem Vertreter*in des Wahlvorschlags mit und fordert sie*ihn auf, behebbare Mängel zu beseitigen; diese Hinweise werden protokolliert. Nach der Beschlussfassung über die Zulassung der Wahlvorschläge gemäß § 12 Abs. 1 ist eine Beseitigung der Mängel nicht mehr möglich.

(3) Die Zurücknahme von Wahlvorschlägen, von Unterschriften unter einem Wahlvorschlag oder von Zustimmungserklärungen von Bewerber*innen ist nur bis zum Ablauf der Einreichungsfrist für die Wahl Vorschläge zulässig.

§ 11 Form und Inhalt der Wahlvorschläge

(1) Die Vorschläge für die jeweiligen Fachbereichsvertretungen dürfen maximal elf Personen enthalten. Sie müssen mindestens fünf Unterstützer*innen nachweisen. Die Unterstützung mehrerer Fachbereichsvertretungsvorschläge ist möglich.

(2) Die Vorschläge für die Initiativen dürfen maximal 15 Personen enthalten. Sie müssen mindestens 20 Unterstützer*innen nachweisen. Die Unterstützung mehrerer Initiativen ist möglich.

(3) Die Wahlvorschläge führen einen Namen. Der Name darf nicht länger als 25 Zeichen sein.

(4) Die Wahlvorschläge sollen immer abwechselnd weibliche* und männliche* Kandidatinnen enthalten. Wird hiervon abgewichen, so ist dies gegenüber der WSSK schriftlich zu begründen. Die Begründung wird von der WSSK veröffentlicht.

(5) Unterstützer*innen eines Wahlvorschlags müssen für die betreffende Wahl und im entsprechenden Fachbereich wahlberechtigt sein; sie müssen folgende Angaben machen:

1. Vor- und Zuname,
2. Matrikelnummer,
3. die Fachbereichszugehörigkeit,
4. eigenhändige Unterschrift,
5. bei den ersten beiden Unterstützerinnen :
 - a) Adresse,
 - b) Telefonnummer,
 - c) E-Mail-Adresse.

Die*der erste Unterstützer*in ist zur Vertretung des Wahlvorschlags gegenüber der WSSK und dem Wahlausschuss berechtigt, die*der zweite Unterstützer*in vertritt diese*n.

(6) Für jede Bewerbung ist anzugeben:

1. Listenplatznummer,
2. Vor- und Zuname,
3. Matrikelnummer,
4. die Fachbereichszugehörigkeit,
5. Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse,
6. Bestätigung der Aufnahme in den Wahlvorschlag durch eigenhändige Unterschrift.

(7) Formulare für Wahlvorschläge (inkl. Zustimmungserklärungen der Wahlbewerber*innen) sowie für die Unterstützer*innenunterschriften werden auf der Website zum Download und im Sekretariat des Studierendenhauses zur Mitnahme bereitgestellt. Die Wahlvorschläge sollen zusätzlich in ein von der WSSK bereitgestelltes Online-Formular eingetragen werden.

(8) Ein*e Bewerber*in darf sich nicht in mehrere Wahlvorschläge für die Wahl desselben Gremiums aufnehmen lassen. Er*Sie kann auch nicht nach § 14 Abs. 3 Satz 2 auf einer weiteren Liste von Wähler*innen hinzugefügt werden. Stimmen, die in dieser Weise auf ein*e Bewerber*in entfallen sind, sind ungültig.

- (9) Bewerber*innen gelten automatisch als Unterstützer*innen ihrer Liste.

§ 12 Beschlussfassung über die Wahlvorschläge

(1) Die WSSK entscheidet spätestens am 21. Tag vor dem Wahltag über die Zulassung der eingereichten Wahlvorschläge. Diese Frist beschränkt sich bei außerordentlichen Neu- oder Nachwahlen auf acht Tage vor der Wahl. Zurückzuweisen sind Wahlvorschläge, die

1. nicht rechtzeitig eingereicht worden sind,
2. eine Bedingung oder einen Vorbehalt enthalten oder sich nicht auf die verlangten Angaben beschränken,
3. nicht ordnungsgemäß, insbesondere nicht von der erforderlichen Zahl Wahlberechtigter, unterzeichnet sind,
4. Fachbereichsvertretungsvorschläge sind und nicht zweifelsfrei erkennen lassen, für welche Fachbereichsvertretung sie gelten sollen.

(2) Der Name eines Wahlvorschlags gilt als nicht ordnungsgemäß eingereicht, wenn der Name fehlt, der Name den Anschein erweckt, es handle sich um eine Liste einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung, der Name aus anderen Rechtsgründen unzulässig ist oder beleidigend wirkt.

Tritt einer der Fälle nach Satz 1 Alt. 1 bis 3 ein, erhält der Wahlvorschlag den Namen der*des ersten Bewerber*in.

(3) In den Wahlvorschlägen sind diejenigen Bewerber*innen zu streichen,

1. die so unvollständig bezeichnet sind, dass Zweifel über die Person bestehen können,
2. deren Zustimmungserklärung fehlt,
3. die ihre Zustimmungserklärung vor Ablauf der Einreichungsfrist zurückgezogen haben,
4. die in mehreren Wahlvorschlägen für die Wahl desselben Gremiums aufgeführt sind,
5. die nicht wählbar sind.

(4) Die von der WSSK gefassten Beschlüsse und ihre Begründungen sind in eine Niederschrift aufzunehmen. Sie ist von allen Mitgliedern der WSSK zu unterzeichnen. Die eingereichten Wahlvorschläge sind der Niederschrift beizufügen.

(5) Wird ein Wahlvorschlag zurückgewiesen, ein Kennwort geändert oder nach Abs. 2 vergeben oder ein*e Bewerber*in gestrichen, so sind diese Entscheidungen der*dem Vertreter*in des Wahlvorschlags sowie der*dem betroffenen Bewerber*in unverzüglich mitzuteilen.

§ 13 Bekanntmachung der Wahlvorschläge

(1) Spätestens am 14. Tag vor dem Wahltag gibt die WSSK die zugelassenen Wahlvorschläge bekannt. Diese Frist beschränkt sich bei außerordentlichen Neu- oder Nachwahlen auf sieben Tage vor der Wahl.

(2) Die Bekanntmachung hat zu enthalten:

1. für jede Wahl und Wähler*innengruppe die zugelassenen Wahl Vorschläge in der Reihenfolge des Eingangs,
2. Wahlmodalitäten insoweit sie sich nach der Bekanntmachung der Wahl geändert haben,
3. Ort und Zeitpunkt der Auszählung und der Feststellung des Abstimmungsergebnisses.

Abschnitt IV: Durchführung der Wahl

§ 14 Wahl der Fachbereichsvertretungen

(1) Die Wahl der Fachbereichsvertretung erfolgt in einer personalisierten Listenwahl.

(2) Jede*r Wahlberechtigte hat eine Stimme. Bei der Wahl wird eine Stimme direkt an eine Person auf einer Liste vergeben. Alternativ ist eine Enthaltung möglich.

(3) Die Listen der zur Wahl stehenden Personen sind abschließend. Stellt sich nur eine Liste zur Wahl und enthält diese Liste weniger als drei Kandidat*innen, kann abweichend von Satz 1 maximal eine Person zur Liste hinzugefügt werden. Diese Person muss aus dem Kreise der für diese Wahl wahlberechtigten Personen stammen.

(4) Tritt bei einer Wahl keine Liste an, so können alle für diese Wahl wahlberechtigten Personen gewählt werden. Es darf maximal eine Person auf den entsprechenden Wahlunterlagen eingetragen werden. Für die Auszählung gilt Abs. 5 sinngemäß.

(5) Die Liste, auf die die meisten Stimmen entfallen, stellt die*den Fachbereichsvertreter*in. Fachbereichsvertreter*in ist, wer die meisten Stimmen innerhalb dieser Liste erhält. Die anderen Kandidat*innen der Liste werden Stellvertreter*innen. Die Reihung der Stellvertreter*innen richtet sich nach der Anzahl der auf die Personen entfallenen Stimmen. Besteht Stimmgleichheit, so richtet sich die Reihenfolge nach der ursprünglichen Listenplatzierung. Bei Personen die außerhalb einer Liste gewählt wurden, entscheidet bei Stimmgleichheit das Los. Kandidat*innen, die keine Stimme bekommen, können den Fachbereich nicht vertreten.

(6) Es kann gemäß § 17 Abs. 1 der Satzung maximal zehn Stellvertreter*innen geben. Ihre Anzahl kann durch die Geschäftsordnung des Fachbereichs nach § 17 Abs. 1 der Satzung weiter begrenzt werden.

§ 15 Außerordentliche Nach- und Neuwahlen

(1) Die Abwahl nach § 17 Abs. 6 der Satzung findet durch Neuwahl statt. Die Neuwahl richtet sich nach den Vorschriften zur Wahl der Fachbereichsvertretung. Es gelten abweichend die Fristen nach § 5 Abs. 2, § 8 Abs. 2, § 10 Abs. 1 Satz 2, § 12 Abs. 1 Satz 2 und § 13 Abs. 1 Satz 2. Zwischen dem Antrag auf Neuwahl der Fachbereichsvertretung und der Bekanntgabe des Ergebnisses der Neuwahl ruht das Mandat der Fachbereichsvertretung.

(2) Eine Nachwahl ist nur dann möglich, wenn keine Fachbereichsvertretung gewählt wurde, die gewählten Vertreter*innen die Wahl nicht angenommen haben, die gewählten Vertreter*innen ihre Wählbarkeit verlieren oder ihr Amt nach Annahme der Wahl niedergelegt haben (vgl. § 17 Abs. 1 Satz 5 der Satzung) und mindestens acht Mitglieder des Fachbereichs den Antrag auf Durchführung einer Nachwahl stellen. Die Nachwahl richtet sich nach den Vorschriften der Wahl der Fachbereichsvertretung. Es gelten abweichend die Fristen nach § 5 Abs. 2, § 8 Abs. 2, § 10 Abs. 1 Satz 2, § 12 Abs. 1 Satz 2 und § 13 Abs. 1 Satz 2.

§ 16 Wahl der Initiativen

- (1) Die Initiativen werden in personalisierter Listenwahl gewählt. Die Mandate werden nach einem ganzzahligen Höchstzahlverfahren, bei welchem die Folge mit null beginnt, vergeben (Adams-Verfahren). Treten weniger Initiativen an, als es Mandate zu vergeben gibt, erhält jede Initiative, auf die mindestens eine Stimme entfallen ist, einen Sitz. Die verbleibenden Mandate werden nach dem D'Hondt-Verfahren vergeben. Treten mehr Initiativen an, als es Mandate gibt, werden die Mandate an die zehn Initiativen mit den meisten Stimmen vergeben.
- (2) Die den Initiativen zugesprochenen Mandate entfallen auf diejenigen Personen, die innerhalb der Liste die meisten Stimmen erhalten haben.
- (3) Jede*r Wahlberechtigte kann bis zu 10 Stimmen abgeben. Dabei können Personen verschiedener Listen gewählt werden (panaschieren) und es dürfen bis zu 10 Stimmen an eine Person vergeben werden (kumulieren). Alternative kann der*die Wahlberechtigte sich enthalten. Wird mindestens eine Stimme abgegeben, so ist das Ausfüllen des Feldes „Enthaltung“ unbeachtlich und führt nicht zu einer Ungültigkeit des Stimmzettels. Werden weniger als zehn Stimmen vergeben, so verfallen die nicht vergebenen Stimmen.
- (4) Die Reihung der Stellvertreter*innen ergibt sich aus der Stimmenreihung der jeweiligen Liste. Besteht Stimmgleichheit, so richtet sich die Reihenfolge nach der ursprünglichen Listenplatzierung.
- (5) Alle Mitglieder der Liste sind vertretungsberechtigt. Kandidat*innen, die keine Stimme bekommen, sind nicht vertretungsberechtigt. Eine Nachwahl bei Ausscheiden der Liste findet nicht statt.

§ 17 Urabstimmung

- (1) Die Urabstimmung richtet sich nach den Vorschriften in § 4 der Satzung.
- (2) Ein Antrag auf Urabstimmung nach § 4 Abs. 3 der Satzung von einem Prozent der Mitglieder der Studierendenschaft muss die Bestimmungen nach § 11 Abs. 5 erfüllen. Die Sammelfrist der Unterschriften beträgt maximal ein Jahr.
- (3) Die WSSK hat innerhalb von 14 Tagen über die Zulässigkeit der Urabstimmungsfrage zu entscheiden. Zur Vollversammlung zur Erörterung der

Urabstimmungsfrage muss spätestens nach sieben Tagen nach Beschluss der WSSK über die Zulässigkeit der Urabstimmungsfrage eingeladen werden.

(4) Ist die Frage zulässig und wurde sie auf einer Vollversammlung behandelt, so gibt die WSSK die Urabstimmungsfrage, den Termin und die Modalitäten bekannt. Die Bekanntmachung erfolgt nach § 5 Abs. 2 der Satzung. Die Bekanntmachung muss mindestens 14 Tage vor dem ersten Urabstimmungstag erfolgen.

(5) Die Urabstimmung soll zeitgleich mit den allgemeinen Wahlen erfolgen. Sie muss spätestens 60 Tage nach Einreichen der Frage bei der WSSK durchgeführt werden. Dabei muss beachtet werden, dass die Urabstimmung sowie die Vollversammlung während der Vorlesungszeit stattfinden müssen. Mit Zustimmung der*des Antragssteller*in kann die WSSK von dieser Frist abweichen.

§ 17 a Urabstimmung bei elektronischer Wahl

Sind die allgemeinen Wahlen elektronische Wahlen, so soll die Urabstimmung als elektronische Abstimmung erfolgen. Die Regeln für elektronische Wahlen gelten entsprechend.

§ 18 Wahlräume

(1) Die WSSK stellt genügend Wahlräume zur Verfügung. Die Wahlräume sollen möglichst bei zeitgleicher Wahl der Universitätsgremien mit diesen übereinstimmen.

(2) Die dezentralen Wahlausschüsse und die von ihnen dazu ermächtigten Personen sorgen für die Ordnung in den Wahlräumen.

(3) Wahlwerbung insbesondere in Wort, Ton, Bild oder Schrift ist im Wahlraum nicht gestattet.

§ 19 Stimmzettel

(1) Bei der Abstimmung dürfen nur amtliche Stimmzettel verwendet werden. Für die Herstellung der Stimmzettel sowie der für die Briefwahl erforderlichen Wahlumschläge und Wahlbriefumschläge sorgt die WSSK. Die Stimmzettel sind von der*dem Wähler*in so zu falten, dass für Dritte nicht erkennbar ist, wie sie*er gewählt hat.

(2) Der Stimmzettel darf nur die für die Wahl notwendigen Informationen enthalten. Die zugelassenen Wahlvorschläge werden auf dem Stimmzettel in der Reihenfolge ihres Eingangs aufgeführt. Separat wird die Option „Enthaltung“ aufgeführt. Für jede Wahl und Abstimmung müssen gesonderte Stimmzettel von gleicher Größe und Farbe verwendet werden, die die betreffende Wahl eindeutig bezeichnen. Für die einzelnen Wahlen und Abstimmungen können Stimmzettel verschiedener Farben und Größen verwendet werden.

§ 19a elektronische Stimmzettel

- (1) Im Falle einer elektronischen Wahl erfolgt die Stimmabgabe auf einem elektronischen Stimmzettel.
- (2) Der elektronische Stimmzettel ist entsprechend der Anleitung elektronisch auszufüllen und abzusenden.

§ 20 Ausübung des Wahlrechts

Die*der Wahlberechtigte kann ihr*sein Wahlrecht nur persönlich ausüben. Wahlberechtigte, die durch Behinderung oder chronische Krankheit gehindert sind, ihre Stimme allein abzugeben, können sich der Hilfe einer Vertrauensperson bedienen.

§ 21 Stimmabgabe im Wahlraum

- (1) Nach dem Betreten des Wahlraums zum Zwecke der Stimmabgabe erhält die*der Wahlberechtigte den/die Stimmzettel. Ohne den Wahlraum zu verlassen, begibt sie*er sich damit an den Tisch mit der Schutzvorrichtung, füllt den/die Stimmzettel aus und faltet ihn/sie einzeln so, dass die Stimmabgabe nicht erkennbar wird. Danach tritt sie*er an den Tisch des dezentralen Wahlausschusses, weist sich durch den Studierendenausweis aus und wirft den oder die gefalteten Stimmzettel sofort in die Wahlurne.
- (2) Die Stimmabgabe wird hinter dem Namen der*des Wahlberechtigten in der dafür vorgesehenen Spalte des Wähler*innenverzeichnisses vermerkt.
- (3) Der dezentrale Wahlausschuss hat eine*n Wähler*in zurückzuweisen,

1. die*der nicht im Wähler*innenverzeichnis enthalten ist,
2. deren*dessen Identität nicht eindeutig geklärt werden kann,
3. bereits einen Stimmabgabevermerk im Wähler*innenverzeichnis hat, es sei denn, sie*er weist nach, dass sie*er noch nicht gewählt hat,
4. ihren*seinen Stimmzettel außerhalb der Sichtschutzvorrichtung gekennzeichnet oder gefaltet hat,
5. ihren*seinen Stimmzettel so gefaltet hat, dass ihre*seine Stimmabgabe erkennbar ist oder ihn mit einem äußerlich sichtbaren, das Wahlgeheimnis offensichtlich gefährdenden, Kennzeichen versehen hat, oder
6. für den dezentralen Wahlausschuss erkennbar mehrere oder einen nicht amtlich hergestellten Stimmzettel abgeben, den Stimmzettel in einem Wahlumschlag oder mit dem Stimmzettel einen weiteren Gegenstand in die Wahlurne werfen will.
7. die*der laut Wähler*innenverzeichnis Briefwahlunterlagen erhalten hat.

§ 21a Stimmabgabe bei der elektronischen Wahl

(1) Die Wahlberechtigten erhalten auf Veranlassung der WSSK ihre jeweiligen Zugangsdaten sowie Informationen zur Durchführung der Wahl und der Nutzung des Wahlportals. Das Wahlportal ermöglicht die Stimmabgabe mittels Aufruf eines elektronischen Stimmzettels.

(2) Die Stimmabgabe erfolgt persönlich und unbeobachtet in elektronischer Form. Die Authentifizierung des Wahlberechtigten erfolgt durch die im Wahlschreiben genannten Zugangsdaten am Wahlportal. Der elektronische Stimmzettel ist entsprechend den im Wahlschreiben und im Wahlportal enthaltenen Anleitungen elektronisch auszufüllen und abzusenden. Dabei ist durch das verwendete elektronische Wahlsystem sicherzustellen, dass das Stimmrecht nicht mehrfach ausgeübt werden kann. Die Speicherung der abgesandten Stimmen muss anonymisiert und so erfolgen, dass die Reihenfolge des Stimmeingangs nicht nachvollzogen werden kann. Die Wahlberechtigten müssen bis zur endgültigen Stimmabgabe die Möglichkeit haben, ihre Eingabe zu korrigieren oder die Wahl abubrechen. Ein Absenden der Stimme ist erst auf der Grundlage einer elektronischen Bestätigung durch den*die Wähler*in zu ermöglichen. Die Übermittlung muss für den*die Wähler*in am Bildschirm erkennbar sein. Mit dem Hinweis über die erfolgreiche Stimmabgabe gilt diese als vollzogen.

(3) Bei der Stimmengabe darf es durch das verwendete elektronische Wahlsystem zu keiner Speicherung der Stimme des*der Wähler*in in dem von ihm hierzu verwendeten Computer kommen. Es muss gewährleistet sein, dass unbemerkte Veränderungen der Stimmengabe durch Dritte ausgeschlossen sind. Auf dem Bildschirm muss der Stimmzettel nach Absenden der Stimmengabe unverzüglich ausgeblendet werden. Das verwendete elektronische Wahlsystem darf die Möglichkeit für einen Papiausdruck der abgegebenen Stimme nach der endgültigen Stimmabgabe nicht zulassen. Die Speicherung der Stimmabgabe in der elektronischen Wahlurne muss nach einem nicht nachvollziehbaren Zufallsprinzip erfolgen. Die Anmeldung am Wahlsystem, die Auswahl und Abgabe der Stimme sowie persönliche Informationen und IP-Adressen der Wahlberechtigten dürfen nicht protokolliert werden.

(4) Die Stimmabgabe in elektronischer Form soll während der regulären Öffnungszeiten auch im Sekretariat möglich sein.

§ 21b Störungen der elektronischen Wahl

(1) Ist die elektronische Stimmabgabe während der Wahlfrist aus technischen Gründen den Wahlberechtigten nicht möglich, kann die WSSK die Wahlfrist verlängern. Die Verlängerung muss allgemein bekannt gegeben werden.

(2) Werden während der elektronischen Wahl Störungen bekannt, die ohne Gefahr eines vorzeitigen Bekanntwerdens oder Löschens der bereits abgegebenen Stimmen behoben werden können und eine mögliche Stimmenmanipulation ausgeschlossen ist, kann die WSSK solche Störungen beheben oder beheben lassen und die Wahl fortsetzen; andernfalls ist die Wahl ohne Auszählung der Stimmen zu stoppen. Wird die Wahl fortgesetzt, ist die Störung und deren Dauer im Protokoll zur Wahl zu vermerken. Im Falle des Abbruchs der Wahl entscheidet die WSSK über das weitere Verfahren.

§ 21c Technische Anforderungen bei elektronischer Wahl

(1) Elektronische Wahlen dürfen nur dann durchgeführt werden, wenn das verwendete elektronische Wahlsystem aktuellen technischen Standards, insbesondere den Sicherheitsanforderungen für Online-Wahlprodukte des

Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik entspricht. Das System muss die in den nachfolgenden Absätzen aufgeführten technischen Spezifikationen besitzen.

(2) Zur Wahrung des Wahlgeheimnisses müssen elektronische Wahlurne und elektronisches Wahlverzeichnis auf verschiedener Serverhardware geführt werden. Das Wahlverzeichnis soll auf einem universitätseigenen Server gespeichert sein.

(3) Die Wahlserver müssen vor Angriffen aus dem Netz geschützt sein, insbesondere dürfen nur autorisierte Zugriffe zugelassen werden. Autorisierte Zugriffe sind insbesondere die Überprüfung der Stimmberechtigung, die Speicherung der Stimmabgabe zugelassener Wähler*innen, die Registrierung der Stimmabgabe und die Überprüfung auf mehrfacher Ausübung des Stimmrechtes (Wahldaten). Es ist durch geeignete technische Maßnahmen zu gewährleisten, dass im Falle des Ausfalles oder der Störung eines Servers oder eines Serverbereiches keine Stimmen unwiederbringlich verloren gehen können.

(4) Das Übertragungsverfahren der Wahldaten ist so zu gestalten, dass sie vor Ausspäh- oder Entschlüsselungsversuchen geschützt sind. Die Übertragungswege zur Überprüfung der Stimmberechtigung des*der Wähler*in sowie zur Registrierung der Stimmabgabe im Wählerverzeichnis und die Stimmabgabe in die elektronische Wahlurne müssen so getrennt sein, dass zu keiner Zeit eine Zuordnung des Inhalts der Wahlentscheidung zum*zur Wähler*in möglich ist.

(5) Die Datenübermittlung muss verschlüsselt erfolgen, um eine unbemerkte Veränderungen der Wahldaten zu verhindern. Bei der Übertragung und Verarbeitung der Wahldaten ist zu gewährleisten, dass bei der Registrierung der Stimmabgabe im Wählerverzeichnis kein Zugriff auf den Inhalt der Stimmabgabe möglich ist.

(6) Die Wähler*innen sind über geeignete Sicherungsmaßnahmen zu informieren, mit denen der für die Wahlhandlung genutzte Computer gegen Eingriffe Dritter nach dem aktuellen Stand der Technik geschützt wird. Die Kenntnisnahme der Sicherheitshinweise ist vor der Stimmabgabe durch den*die Wähler*in verbindlich in elektronischer Form zu bestätigen.

§ 22 Briefwahl

(1) Ein*e Wahlberechtigte*r, die*der zum Zeitpunkt der Wahl verhindert ist, die Abstimmung im Wahlraum vorzunehmen, erhält auf schriftlichen Antrag einen

Briefwahlschein und die Briefwahlunterlagen (Stimmzettel, einen den Fachbereich zugeordneten Wahlumschlag und Wahlbriefumschlag). Der Briefwahlschein wird von der WSSK erteilt. Die Ausgabe von Briefwahlscheinen und die Aushändigung oder Übersendung der Briefwahlunterlagen ist im Wähler*innenverzeichnis zu vermerken.

(2) Die Wahlumschläge müssen undurchsichtig, von gleicher Größe und Farbe und amtlich gekennzeichnet sein.

(3) Der Wahlbriefumschlag muss den Vermerk „Briefwahl“ tragen und mit der Anschrift der WSSK versehen sein. Die*der Briefwähler*in ist darauf hinzuweisen, dass sie*er die Kosten der Übersendung zu tragen hat.

(4) Briefwahlunterlagen können nur bis zum dritten Arbeitstag vor dem ersten Wahltag beantragt und ausgegeben werden. Das Risiko einer längeren Versanddauer trägt die*der Wähler*in.

§ 22a Briefwahl bei elektronischer Wahl

Im Falle einer elektronischen Wahl entfällt die Möglichkeit der Briefwahl.

§ 23 Stimmabgabe durch Briefwahl

(1) Bei der Briefwahl füllt die*der Wahlberechtigte den/die Stimmzettel aus, steckt diese/n in den amtlichen Wahlumschlag und verschließt diesen. Sie*er bestätigt auf dem Briefwahlschein durch Unterschrift, dass sie*er den/die beigefügten Stimmzettel persönlich gekennzeichnet hat und legt den Briefwahlschein mit dem Wahlumschlag in den amtlichen Wahlbrief ein.

(2) Der Wahlbrief ist an die vorgedruckte Anschrift der WSSK freigemacht zu übersenden oder im Sekretariat der Studierendenschaft abzugeben. Die WSSK oder ein*e von ihr mit der Ausgabe der Briefwahlunterlagen beauftragte bemächtigte Person kann der*dem Wahlberechtigten die Möglichkeit geben, bei persönlicher Abholung der Briefwahlunterlagen die Briefwahl an Ort und Stelle unter Wahrung des Wahlgeheimnisses auszuüben. Die WSSK oder die*der Bemächtigte nimmt sodann den Wahlbrief entgegen.

(3) Die Stimmabgabe gilt als rechtzeitig erfolgt, wenn der Wahlbrief bis zum Schluss der Abstimmung im Sekretariat eingeht. Auf dem Wahlbrief ist der Tag des Eingangs

vermerken. Sind eingehende Wahlbriefe unverschlossen, so ist dies auf diesen Wahlbriefen zu vermerken.

(4) Die eingegangenen Wahlbriefe sind nach Weisung der WSSK bis zum Schluss der Abstimmung unter Verschluss ungeöffnet aufzubewahren. Danach öffnet die WSSK die Wahlbriefe und notiert die Stimmabgabe im Wähler*innenverzeichnis.

(5) Ein Wahlbrief ist zurückzuweisen, wenn

1. er nicht bis zum Ende der Frist aus Abs. 3 eingegangen ist,
2. er unverschlossen eingegangen ist,
3. dem Wahlbrief kein oder kein mit der vorgeschriebenen Versicherung versehener Briefwahlschein beigelegt ist,
4. dem Wahlbrief kein Wahlumschlag beigelegt ist. In den Fällen des Satzes 1 liegt eine Stimmabgabe nicht vor.

(6) Die zurückgewiesenen Wahlbriefe sind einschließlich ihres Inhalts auszusondern und im Falle des Abs. 5 Ziffer 1 ungeöffnet, im Übrigen ohne Öffnung des Wahlumschlags verpackt als Anlage der Niederschrift beizufügen; sie sind nach der Wahlprüfung zu vernichten.

(7) Die WSSK leitet die Wahlumschläge an die dezentralen Wahlausschüsse weiter, zu deren Fachbereich der*die Briefwähler*in gehört. Die dezentralen Wahlausschüsse öffnen die Wahlumschläge und werfen die Stimmzettel in die jeweiligen Urnen.

§ 24 Schluss der Abstimmung

Die*der Vorsitzende des dezentralen Wahlausschusses stellt das Ende der Abstimmungszeit fest. Danach dürfen nur noch die zu diesem Zeitpunkt im Wahlraum anwesenden Wahlberechtigten zur Abstimmung zugelassen werden. Haben sie abgestimmt und sind die den dezentralen Wahlausschüssen betreffenden Wahlbriefe nach § 23 Abs. 5 behandelt, erklärt die*der Vorsitzende die Abstimmung für geschlossen.

§ 24a Schluss der Abstimmung bei elektronischer Wahl

Die Wahl endet zu dem Zeitpunkt, welcher in der amtlichen Wahlbekanntmachung festgelegt wurde, automatisch.

Abschnitt V: Auszählung und Bekanntgabe

§ 25 Öffentlichkeit

Die Ermittlung und Feststellung der Abstimmungs- und Wahlergebnisse erfolgen universitätsöffentlich in vorher dazu bestimmten und bekannt gemachten Räumen.

§ 25a Öffentlichkeit bei elektronischer Wahl

Bei elektronischen Wahlen sind technische Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen, die den Auszählungsprozess für jede*n Wähler*in jederzeit reproduzierbar machen.

§ 26 Zeitpunkt der Ermittlung der Abstimmungsergebnisse

Die vorläufigen Abstimmungsergebnisse werden von den dezentralen Wahlausschüssen in der Regel unmittelbar nach Schluss der Abstimmung ermittelt; die Auszählung beginnt erst, wenn die Wahlumschläge aus der Briefwahl in die Urnen eingeworfen wurden.

§ 26a Zeitpunkt der Ermittlung der Abstimmungsergebnisse bei elektronischer Wahl

Wird die Wahl als elektronische Wahl durchgeführt, veranlasst die WSSK die computerbasierte universitätsöffentliche Auszählung der abgegebenen Stimmen unverzüglich nach Beendigung der elektronischen Wahl.

§ 27 Ermittlung der Zahl der Wähler*innen und Sammlung von Stimmzetteln

Vor dem Öffnen der Wahlurne werden alle nicht benutzten Stimmzettel vom Abstimmungstisch entfernt. Die*der Vorsitzende des dezentralen Wahlausschusses öffnet die Wahlurne. Anschließend werden die Stimmzettel entnommen und, getrennt nach den einzelnen Fachbereichswahlen und der Initiativenwahl, gezählt. Ihre Zahl muss mit der Summe der Zahl der Abstimmungsvermerke im Wähler*innenverzeichnis übereinstimmen. Ergibt sich auch nach wiederholter Zählung keine Übereinstimmung, ist dies in der Niederschrift anzugeben und, soweit möglich, zu erläutern.

§ 28 Ungültige Stimmzettel

- (1) Ungültig und bei der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses durch den dezentralen Wahlausschuss nicht anzurechnen sind Stimmzettel,
 1. bei denen es sich nicht um amtliche Stimmzettel handelt,
 2. die ganz durchgerissen oder ganz durchgestrichen sind,
 3. die mit beleidigenden Bemerkungen versehen sind oder ein auf die Person der*des Wähler*in hinweisendes Merkmal enthalten,
 4. aus denen sich der Wille der*des Wähler*in nicht zweifelsfrei ergibt,
 5. in denen die zulässige Gesamtstimmenzahl überschritten ist,
 6. die keine Stimmabgabe enthalten.
- (2) Bei Briefwahl gilt neben Abs. 1 ein Wahlumschlag, der für die Wahl eines Gremiums keinen Stimmzettel enthält, als ein ungültiger Stimmzettel.
- (3) Ein beim betreffenden dezentralen Wahlausschuss in die falsche Urne geworfener Stimmzettel bleibt gültig. Der dezentrale Wahlausschuss sortiert ihn nach.

§ 28a Ungültige Stimmzettel bei elektronischer Wahl

Im Falle einer elektronischer Wahl gelten die Regelungen des § 28 entsprechend, sofern diese auf elektronische Wahlen anwendbar sind und mit der Maßgabe, dass die Ungültigkeit durch den Wahlausschuss festgestellt wird, soweit dies elektronisch nicht möglich ist. Die Ungültigkeit ist für Initiativen- und Fachbereichswahl jeweils gesondert festzustellen.

§ 29 Ungültige Stimmen

- (1) Ungültige Stimmen sind bei der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses durch den dezentralen Wahlausschuss nicht anzurechnen.
- (2) Ungültig sind Stimmen,
 1. bei denen nicht erkennbar ist, für welche*n Bewerber*in diese abgegeben wurden,
 2. die für Personen abgegeben sind, die offensichtlich nicht wählbar sind.

§ 29a Ungültige Stimmen bei elektronischer Wahl

Im Falle einer elektronischen Wahl gelten die Regelungen des § 29 entsprechend, sofern diese auf elektronische Wahlen anwendbar sind und mit der Maßgabe, dass die Ungültigkeit durch den Wahlausschuss festgestellt wird, sofern dies elektronisch nicht möglich ist.

§ 30 Auszählung

- (1) Die dezentralen Wahlausschüsse ermitteln für jede Wahl und jeden Fachbereich in ihrem Bereich die Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmzettel und der gültigen Stimmen.
- (2) Bei der Wahl der Fachbereichsvertreter*innen sowie der Initiativen werden folgende Zahlen ermittelt:
 1. die Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmzettel,
 2. die Zahl der Enthaltungen,
 3. die Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen,
 4. die auf alle Bewerber*innen eines jeden Wahlvorschlags entfallenen gültigen Stimmen,
 5. die auf die einzelnen Bewerber*innen entfallenen gültigen Stimmen.

§ 30a Auszählung bei elektronischer Wahl

- (1) Die Auszählung erfolgt bei der elektronischen Wahl elektronisch.

(2) Wurde die Möglichkeit des § 14 Abs. 3 und 4 von den Wahlberechtigten genutzt, werden die auf diese Weise abgegebenen Stimmen (Freitext-Felder) manuell durch den Wahlausschuss ausgezählt.

(3) Die WSSK übermittelt dem Wahlausschuss hierfür unmittelbar nach Ende der Abstimmung die vom Wahlserver bereitgestellten Rohdaten der elektronischen Stimmzettel, welche die gem. § 14 Abs. 3 und 4 abgegebenen Stimmen enthalten.

§ 31 Niederschrift über Abstimmung und Auszählung

(1) Über den gesamten Verlauf der Abstimmung hat der dezentrale Wahlausschuss eine Niederschrift anzufertigen, aus der alle für die Abstimmung und für die Ermittlung des Abstimmungsergebnisses wesentlichen Umstände hervorgehen müssen.

(2) Die Niederschrift hat in jedem Fall zu enthalten

1. die Bezeichnung des Ausschusses,
2. die Namen und Funktionen seiner Mitglieder sowie die Namen der Wahlhelfer*innen,
3. den Wahltag, den Beginn und das Ende der Abstimmung,
4. die Zahl, getrennt für jede Wahl,
 - a) der Stimmabgabevermerke im Wähler*innenverzeichnis,
 - b) der Enthaltungen, der gültigen und ungültigen Stimmzettel,
 - c) der gültigen Stimmen,
5. die Unterschriften aller Mitglieder des Wahlausschuss.

(3) Der dezentrale Wahlausschuss übergibt unverzüglich nach der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses der WSSK

1. die Niederschrift,
2. die Zähllisten, die bei der Stimmenauszählung angefallen sind,
3. die Stimmzettel, Wahlumschläge und Wahlbriefumschläge,
4. die Wähler*innenverzeichnisse,
5. alle sonst entstandenen Urkunden und Schriftstücke.

§ 31a Niederschrift über Auszählung bei elektronischer Wahl

- (1) Über den gesamten Verlauf der Auszählung hat der Wahlausschuss eine Niederschrift anzufertigen, aus der alle für die Ermittlung des Abstimmungsergebnisses wesentlichen Umstände hervorgehen müssen.
- (2) Die Niederschrift hat in jedem Fall zu enthalten
 1. die Namen und Funktionen seiner Mitglieder
 2. den Zeitpunkt, wann die Rohdaten von der WSSK gem. § 30a III übermittelt worden sind,
 3. die Zahl, getrennt für jede Wahl,
 - a) der Enthaltungen, der gültigen und ungültigen Stimmzettel,
 - b) der gültigen Stimmen,
 4. die Unterschriften aller Mitglieder des Wahlausschuss.
- (3) Der Wahlausschuss übergibt unverzüglich nach der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses der WSSK
 1. die Niederschrift,
 2. die Zähllisten, die bei der Stimmenauszählung angefallen sind,
 3. alle sonst entstandenen Urkunden und Schriftstücke.

§ 32 Zusammenführung und Prüfung der Ergebnisse; Feststellung des amtlichen Endergebnisses

- (1) Die WSSK hat die von den dezentralen Wahlausschüssen nach § 31 getroffenen Entscheidungen nachzuprüfen, gegebenenfalls das Ergebnis der Zählung zu berichtigen, die Entscheidungen in der Wahlniederschrift zu vermerken und die Ergebnisse zusammenzustellen.
- (2) Die WSSK überprüft, ob die Vorschriften dieser Wahl- und Urabstimmungsordnung eingehalten wurden.
- (3) Nimmt ein dezentraler Wahlausschuss seine Aufgaben nicht ordnungsgemäß wahr, so kann die WSSK nach einmaliger Aufforderung die Regelungen dieser Satzung einzuhalten, an seine Stelle treten.
- (4) Die WSSK stellt ein amtliches Endergebnis fest.

§ 32a Zusammenführung und Prüfung der Ergebnisse; Feststellung des amtlichen Endergebnisses bei elektronischer Wahl

(1) Bei einer elektronisch durchgeführten Wahl stellt die WSSK das Ergebnis durch einen Ausdruck der computerbasierten Auszählungsergebnisse fest, der von zwei Mitgliedern der WSSK abgezeichnet wird.

(2) Die nach § 30a Abs. 2 ausgezählten Stimmen werden durch die WSSK ergänzt.

§ 33 Niederschrift über die Wahl

(1) Die WSSK fertigt eine Wahlniederschrift an. Diese hat insbesondere zu enthalten:

1. Vermerke über gefasste Beschlüsse,
2. die Gesamtzahl, getrennt für jede Wahl
 - a) der in die Wähler*innenverzeichnisse eingetragenen Wahlberechtigten,
 - b) der Abstimmenden,
 - c) der Enthaltungen, der gültigen und ungültigen Stimmzettel,
 - d) der gültigen Stimmen,
 - e) die auf alle Bewerber*innen eines jeden Wahlvorschlags entfallenen gültigen Stimmen,
 - f) die auf die einzelnen Bewerber*innen entfallenen gültigen Stimmen.
3. das Ergebnis der Nachprüfung von Entscheidungen über die Gültigkeit von Stimmzetteln und Stimmen,
4. die Unterschriften aller Mitglieder der WSSK.

(2) Mit der Unterzeichnung der Wahlniederschrift ist das Wahlergebnis festgestellt.

§ 34 Bekanntmachung des Wahlergebnisses; Annahme der Wahl

(1) Die WSSK gibt die Namen der Gewählten sowie der Stellvertreter*innen bekannt. Die Bekanntmachung des Wahlergebnisses hat alle Angaben des § 33 Abs. 1 Ziffer 2 zu enthalten. Ferner sollen Prozentsätze angegeben werden.

(2) Die WSSK hat die Gewählten und Stellvertreter*innen unverzüglich von ihrer Wahl schriftlich oder per E-Mail zu benachrichtigen. Geht von Gewählten innerhalb von zehn Tagen nach Zugang der Benachrichtigung keine schriftliche Ablehnung der

Wahl ein, so gilt die Wahl als angenommen. Die Ablehnung kann gegenüber der WSSK per E-Mail erklärt werden.

(3) Wird die Wahl von einer gewählten Person rechtswirksam nicht angenommen, rückt der*die gemäß § 33 Abs. 2 nächstfolgende Stellvertreter*in nach. Abs. 2 gilt entsprechend.

Abschnitt VI: Nach der Wahl

§ 35 Aufbewahrung der Wahlunterlagen

Die gesamten Wahlunterlagen sind bis zum Ablauf der Amtszeit der Gewählten von der WSSK aufzubewahren.

§ 36 Amtszeit, Ausscheiden, Nachrücken, Nachwahl

(1) Die Amtszeit der gewählten Mitglieder der Gremien beginnt in der Regel jeweils am 1. Oktober und endet am 30. September des Folgejahres. Findet die Wahl erst zu einem späteren Zeitpunkt statt, so führen die bisherigen Mitglieder die Geschäfte bis zur Wahl der neuen Mitglieder kommissarisch weiter; ihre Amtszeit verkürzt sich entsprechend.

(2) Wenn ein gewähltes Mitglied eines Gremiums die Wählbarkeit verliert, sein Amt niederlegt oder aus einem sonstigen Grund ausscheidet, tritt an seine Stelle für den Rest der Amtszeit der*die nächstfolgende Stellvertreter*in. Ist die Liste erschöpft, so bleibt der betreffende Sitz unbesetzt.

(3) Alle Angehörigen eines Gremiums können aus wichtigen Gründen nach § 9 Abs. 2 LHG zurücktreten. Gewählte, die auf keinem Wahlvorschlag kandidiert haben, können abweichend vom Landeshochschulgesetz Baden-Württemberg und § 34 Abs. 2 dieser Wahl- und Urabstimmungsordnung in den ersten 60 Tagen nach Feststellung des Wahlergebnisses auch ohne einen solchen Grund zurücktreten.

§ 37 Anfechtung und Wiederholung der Wahl

- (1) Es gelten §§31 bis 33 KomWG BaWü analog mit der Änderung, dass an Stelle der Rechtsaufsicht ein Wahlprüfungsausschuss tritt.
- (2) Der Wahlprüfungsausschuss muss vor der Wahl gebildet werden.
- (3) Die WSSK und alle anderen an der Durchführung der Wahl Beteiligten müssen dem Wahlprüfungsausschuss alle notwendigen Informationen zur Verfügung stellen.

Abschnitt VII: Schlussbestimmungen

§ 38 In-Kraft-Treten

Diese Ordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in den amtlichen Bekanntmachungen der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg in Kraft.

§ 39 Weitere Bestimmungen

In unregelmäßigten Fällen gelten die Regelungen der Satzung, des LHG und der Wahlordnung der Universität Freiburg entsprechend.

Anlage II zum Antrag der WSSK in der StuRa-Sitzung vom 21.07.2020
(Option ohne Freitextfelder)

**Wahl- und Urabstimmungsordnung der Verfassten Studierendenschaft
der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg**

*Aufgrund von § 65a Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 Satz 2 des
Landeshochschulgesetzes (LHG) vom 1. Januar 2005 (GBl. S. 1), zuletzt
geändert durch Artikel 2 Verfasste-Studierendenschafts-Gesetz vom 10.
Juli 2012*

*(GBl. S. 457), sowie der §§ 4 Abs. 6, 6 Abs. 4 und 10 Abs. 3 der
Organisationssatzung der Studierendenschaft der Universität Freiburg
(Satzung) vom 17. Mai 2013 (Amtliche Bekanntmachungen der Albert-
Ludwigs-Universität Freiburg Jhg. 44 Nr. 28 vom 17.05.2013) hat der
Studierendenrat der Verfassten Studierendenschaft der Universität
Freiburg (Studierendenrat) am xx.xx.xxxx die nachstehende Wahl- und
Urabstimmungsordnung der Verfassten Studierendenschaft der
Universität Freiburg beschlossen.*

*Das Rektorat der Universität Freiburg hat diese Wahlordnung am
xx.xx.xxxx gemäß § 65b Abs. 6 Satz 3 des LHG genehmigt.*

In dieser Ordnung wird grundsätzlich das Gendersternchen (*) verwendet. Dieses soll die Vielfalt der Ausprägungen besonders menschlicher Sexualität und Geschlechterrollen in all ihren Dimensionen versinnbildlichen und stellt eine deutliche Positionierung gegen die Reproduktion patriarchaler Strukturen vor allem über eine sprachliche Indifferenz im Zuge einer rhetorischen Modernisierung der Geschlechterverhältnisse dar.

Abschnitt I: Allgemeine Vorschriften

§ 1 Geltungsbereich

Diese Wahl- und Urabstimmungsordnung gilt für die Wahlen der Fachbereichsvertreter*innen und Initiativen nach § 8 der Satzung, die gemeinsam den Studierendenrat bilden, sowie für Urabstimmungen der Studierendenschaft der Albert - Ludwigs-Universität Freiburg (Studierendenschaft) gemäß den allgemeinen Vorgaben der Satzung.

§ 1a Elektronische Wahl

Die WSSK kann mit der Mehrheit der Stimmen ihrer Mitglieder (absolute Mehrheit) beschließen, dass die Wahl als internetbasierte Online-Wahl (elektronische Wahl) durchgeführt wird. Die elektronische Wahl ist nur zulässig, wenn bei ihrer Durchführung die geltenden Wahlrechtsgrundsätze, insbesondere die Grundsätze der geheimen Wahl und der Öffentlichkeit der Wahl, gewahrt sind. Die WSSK soll darauf hinwirken, dass die Modalität der Wahl in Abstimmung mit dem Rektorat getroffen wird.

§ 2 Wahlberechtigung

- (1) Aktiv und passiv wahlberechtigt sind alle Mitglieder der Studierendenschaft nach § 65 Abs. 1 LHG (Studierende).
- (2) Jede*r Studierende ist nur in einem Fachbereich wahlberechtigt. Die Fachbereichszugehörigkeit ergibt sich aus dem Wähler*innenverzeichnis.

§ 3 Abstimmungszeitraum

- (1) Die Wahlen und Abstimmungen müssen während eines Semesters innerhalb der Vorlesungszeit stattfinden.
- (2) Der Zeitraum für die Wahlen oder Abstimmung beträgt zwischen einem und drei Tagen.

(3) An jedem Abstimmungstag müssen die Wahllokale mindestens von 10:00 Uhr bis 18:00 Uhr durchgehend geöffnet sein.

§ 3a Abstimmungszeitraum bei elektronischer Wahl

Findet eine elektronische Wahl statt, muss die elektronische Abstimmung abweichend von § 3 Abs. 3 mindestens 36 Stunden und maximal 14 Tage durchgängig möglich sein. Am ersten Wahltag beginnt die elektronische Abstimmung zu dem Zeitpunkt, welcher gem. § 5a IV Nr. 2 bekannt gemacht wurde.

§ 4 Wahlorgane

(1) Wahlorgane sind

1. die Wahl-, Schlichtungs- und Satzungskommission (WSSK),
2. die dezentralen Wahlausschüsse und
3. der Wahlprüfungsausschuss.

Wahlbewerber*innen sowie Vertreter*innen eines Wahlvorschlags und ihre Stellvertretungen können nicht Mitglieder dieser Organe sein.

(2) Der AStA wählt die Mitglieder der dezentralen Wahlausschüsse sowie des Wahlprüfungsausschusses und die erforderlichen Wahlhelfer*innen aus dem Kreis der Studierenden. Er verpflichtet sie schriftlich auf die gewissenhafte und unparteiische Erledigung ihrer Aufgaben.

(3) Der WSSK obliegt die Beschlussfassung über die eingereichten Wahlvorschläge sowie die Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses. Sie führt die Gesamtaufsicht über die Wahlen. Sie sichert die organisatorische und technische Vorbereitung, die Durchführung und die Nachbereitung der Wahlen (Wahlleitung).

(4) In jedem Wahlraum leitet ein dezentraler Wahlausschuss die Abstimmung und ermittelt das Abstimmungsergebnis. Der dezentrale Wahlausschuss besteht aus einer*inem Vorsitzenden und mindestens zwei Beisitzer*innen; ein Mitglied nimmt zugleich das Amt der*des stellvertretenden Vorsitzenden, ein anderes Mitglied das Amt der*des Schriftführer*in wahr. Der dezentrale Wahlausschuss kann seine Aufgaben nur bei Anwesenheit von mindestens zwei Mitgliedern ausführen.

(5) Die WSSK kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben organisatorische Kompetenzen an eine vom Studierendenrat bestätigte Wahlkoordinationsperson abgeben. Diese

unterstützt die WSSK in der organisatorischen Durchführung der Wahl und nimmt nach Bedarf an den Sitzungen der WSSK beratend teil.

§ 4a Wahlorgane bei elektronischer Wahl

- (1) Wahlorgane bei einer elektronischen Wahl sind
 1. die Wahl-, Schlichtungs- und Satzungskommission (WSSK),
 2. der Wahlprüfungsausschuss.

Wahlbewerber*innen sowie Vertreter*innen eines Wahlvorschlags und ihre Stellvertretungen können nicht Mitglieder dieser Organe sein.

- (2) § 4 Abs. 2 gilt bei einer elektronischen Wahl für die Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses entsprechend.
- (3) § 4 Abs. 3 gilt bei einer elektronischen Wahl entsprechend.
- (4) § 4 Abs. 5 gilt bei einer elektronischen Wahl entsprechend.

§ 5 Bekanntmachung der Wahl

- (1) Die WSSK hat spätestens am 42. Tag vor dem Wahltag die Wahl bekannt zu machen. Änderungen der Wahlräume sowie der Zuweisung der Wahlberechtigten zu diesen Räumen nach Abs. 4 Ziffer 2 können bis längstens eine Woche vor dem Wahltag erfolgen und sind bekannt zu machen.
- (2) Die Frist des Abs. 1 beschränkt sich bei Urabstimmungen und außerordentlichen Neu- oder Nachwahlen auf eine Bekanntmachung 14 Tage vor dem Wahltag.
- (3) Die Bekanntmachung erfolgt durch Veröffentlichung auf den Webseiten der Studierendenschaft sowie durch Anschlag an geeigneten Orten.
- (4) Die Bekanntmachung hat zu enthalten:
 1. den Wahltag bzw. die Wahltage und den Abstimmungszeitraum,
 2. die Lage der Wahlräume und die Zuweisung der Wahlberechtigten zu diesen Wahlräumen nach Fachbereichen,
 3. die Zahl der zu wählenden Mitglieder und deren Amtszeit oder die Abstimmungsfrage,

4. die Wahlmodalitäten,
5. die Aufforderung, innerhalb der Frist nach §10 Abs. 1 Wahlvorschläge bei der WSSK einzureichen; dabei sind Hinweise auf Form und Inhalt der Wahlvorschläge zu geben,
6. den Hinweis, dass nur wählen kann, wer in das Wähler*innenverzeichnis eingetragen ist,
7. den Hinweis, dass nur wählbar ist, wer in das Wähler*innenverzeichnis eingetragen und nicht Mitglied eines Wahlorgans ist,
8. den Hinweis, dass alle Wahlberechtigten nur in einem Fachbereich wählen können,
9. den Hinweis, dass durch persönliche Stimmabgabe im Wahlraum oder durch Briefwahl gewählt werden kann und dass nur mit amtlichen Stimmzetteln, im Falle der Briefwahl mit amtlichen Briefwahlunterlagen gewählt werden darf,
10. die Antrags- und Abgabefristen der Briefwahl,
11. den Hinweis, dass Wahlbewerber*innen, Vertreter*innen eines Wahlvorschlags und deren Stellvertreter*innen nicht Mitglieder eines Wahlorgans sein können.

§ 5a Bekanntmachung der Wahl bei elektronischer Wahl

- (1) Die WSSK hat spätestens am 42. Tag vor dem Wahltag die elektronische Wahl bekannt zu machen.
- (2) § 5 Abs. 2 gilt bei elektronischen Wahlen entsprechend.
- (3) § 5 Abs. 3 gilt bei elektronischen Wahlen entsprechend.
- (4) Die Bekanntmachung der elektronischen Wahl hat zu enthalten:
 1. den Hinweis, dass elektronische Wahl stattfindet,
 2. den Wahltag bzw. die Wahltag und den Abstimmungszeitraum,
 3. die Zahl der zu wählenden Mitglieder und deren Amtszeit oder die Abstimmungsfrage,
 4. die Wahlmodalitäten,
 5. die Aufforderung, innerhalb der Frist nach §10 Abs. 1 Wahlvorschläge bei der WSSK einzureichen; dabei sind Hinweise auf Form und Inhalt der Wahlvorschläge zu geben,

6. den Hinweis, dass nur wählen kann, wer in das Wähler*innenverzeichnis eingetragen ist,
7. den Hinweis, dass nur wählbar ist, wer in das Wähler*innenverzeichnis eingetragen und nicht Mitglied eines Wahlorgans ist,
8. den Hinweis, dass alle Wahlberechtigten nur in einem Fachbereich wählen können,
9. den Hinweis, dass im Falle einer elektronischen Wahl die Möglichkeit der Briefwahl entfällt,
10. den Hinweis, dass Wahlbewerber*innen, Vertreter*innen eines Wahlvorschlags und deren Stellvertreter*innen nicht Mitglieder eines Wahlorgans sein können.

§ 6 Fristen und Termine

- (1) Auf die Berechnung der in dieser Wahl- und Urabstimmungsordnung bestimmten Fristen finden die Vorschriften der §§ 186 bis 193 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, dass sich Fristen, deren letzter Tag auf einen Samstag, einen Sonntag oder einen gesetzlichen Feiertag fallen, nicht verlängern.
- (2) Soweit für die Stellung von Anträgen oder die Einreichung von Vorschlägen die Wahrung einer Frist vorgeschrieben ist, läuft die Frist abweichend von §188 Abs. 1 BGB um 14:00 Uhr und nicht um Mitternacht ab. Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist ausgeschlossen.

Abschnitt II: Wähler*innenverzeichnis

§ 7 Wähler*innenverzeichnis

- (1) Das Wähler*innenverzeichnis ordnet die Studierenden jeweils einem Fachbereich zu. Studierende können nur einem Fachbereich zugeordnet werden, in dem sie immatrikuliert sind. Wird kein Fachbereichswechsel angezeigt, so sind die Studierenden dem Fachbereich ihres ersten Hauptfaches zugeordnet.

- (2) Jede*r Studierende kann per schriftlicher Mitteilung an die WSSK ihren oder seinen Fachbereich wechseln. Dieser Wechsel gilt nur für Wahlen, die mindestens 27 Tage nach der Erklärung des Fachbereichswechsels stattfinden.
- (3) Das Wähler*innenverzeichnis wird von der WSSK in Zusammenarbeit mit der Universitätsverwaltung geführt.
- (4) Das Wähler*innenverzeichnis muss Raum für folgende Angaben enthalten:
1. laufende Nummer,
 2. Nachname,
 3. Vorname,
 4. Matrikelnummer,
 5. die Fachbereichszugehörigkeit,
 6. Vermerk über die Ausgabe von Briefwahlunterlagen,
 7. Vermerk über Stimmabgabe, ggf. getrennt nach zu wählenden Gremien,
 8. Bemerkungen.

§ 8 Auslegung des Wähler*innenverzeichnis

- (1) Das Wähler*innenverzeichnis ist spätestens am 35. Tag vor dem Wahltag für mindestens vierzehn Tage während der Öffnungszeit des Sekretariats der Studierendenschaft den Mitgliedern zur Einsichtnahme zugänglich zu machen. Das Recht zur Einsichtnahme beschränkt sich auf die Angaben zur eigenen Person.
- (2) Die Frist des Abs. 1 beschränkt sich bei Urabstimmungen und außerordentlichen Neu- oder Nachwahlen auf eine Auslegung für drei Arbeitstage, beginnend spätestens am zehnten Tag vor der Wahl.
- (3) Die Auslegung ist bekannt zu machen; es gilt die Form des § 5 Abs. 3. Die Bekanntmachung muss folgende Angaben beinhalten:
1. Ort, Dauer und Zeit der Auslegung des Wähler*innenverzeichnisses,
 2. die Angabe, bis zu welchem Zeitpunkt und bei welcher Stelle Berichtigungen, Änderungen oder Ergänzungen beantragt werden können,
 3. der Hinweis, dass nach Ablauf der Auslegungsfrist ein Antrag auf Berichtigung oder Ergänzung des Wähler*innenverzeichnisses nicht mehr zulässig ist,
 4. der Hinweis, dass nur wählen darf, wer im Wähler*innenverzeichnis eingetragen ist.

(4) Der Tag und die Art der Bekanntmachung sowie Ort, Beginn und Ende der Auslegung sind am Schluss des Wähler*innenverzeichnisses von der WSSK zu beurkunden.

(5) Bei der gleichzeitigen Durchführung mehrerer Wahlen kann ein einheitliches Wähler*innenverzeichnis aufgestellt werden, aus dem jedoch hervorgehen muss, wer für die jeweilige Wahl wahlberechtigt ist. Insbesondere die Zugehörigkeit zum jeweiligen Fachbereich muss festgelegt werden.

(6) Das Wähler*innenverzeichnis ist vor der Auslegung vorläufig abzuschließen und von der WSSK unter Angabe des Datums als richtig und vollständig zu beurkunden.

§ 9 Änderung des Wähler*innenverzeichnisses

(1) Das Wähler*innenverzeichnis kann bis zum Ablauf der Auslegungsfrist berichtigt oder ergänzt werden.

(2) Jedes Mitglied der Studierendenschaft kann, wenn es das Wähler*innenverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, dessen Berichtigung oder Ergänzung während der Dauer der Auslegung beantragen. Es hat die erforderlichen Beweise beizubringen, sofern die behaupteten Tatsachen nicht offenkundig sind. Der Antrag ist schriftlich zu stellen. Über den Berichtigungsantrag entscheidet die WSSK. Die Entscheidung muss bei der Ausübung des passiven Wahlrechts vor Abgabefrist der Wahlvorschläge nach § 10 Abs. 1, bei der Ausübung des aktiven Wahlrechtes vor Schluss des Wähler*innenverzeichnisses ergehen. Sie ist der*dem* Antragsteller*in und anderen Betroffenen schriftlich mitzuteilen.

(3) Nach Ablauf der Auslegungsfrist, bis zum endgültigen Abschluss des Wähler*innenverzeichnisses, können Eintragungen und Streichungen nur im Vollzug von Entscheidungen im Berichtigungsverfahren vorgenommen werden.

(4) Das Wähler*innenverzeichnis kann bis zum Tag vor dem ersten Wahltag von der WSSK berichtigt und ergänzt werden, wenn es offensichtliche Fehler, Unstimmigkeiten oder Schreibversehen enthält. Danach ist es endgültig abgeschlossen.

(5) Alle ab dem Beginn der Einsichtsfrist vorgenommenen Veränderungen sind in der Spalte "Bemerkungen" zu erläutern und mit Datum und Unterschrift zu beurkunden.

Abschnitt III: Wahlvorschläge

§ 10 Wahlvorschläge, Fristen und Verfahren

- (1) Die Wahlvorschläge sind bei der WSSK spätestens 28 Tage vor der Wahl einzureichen. Die WSSK setzt einen Zeitpunkt für die frühestmögliche Einreichung fest. Die Frist aus Satz 1 beschränkt sich bei außerordentlichen Neu- oder Nachwahlen auf zehn Tage vor der Wahl.
- (2) Auf dem Wahlvorschlag vermerkt die WSSK Datum und Uhrzeit des Eingangs. Sie prüft unverzüglich, ob der eingegangene Wahlvorschlag den Erfordernissen dieser Wahl- und Urabstimmungsordnung entspricht, teilt etwaige Mängel der*dem Vertreter*in des Wahlvorschlags mit und fordert sie*ihn auf, behebbare Mängel zu beseitigen; diese Hinweise werden protokolliert. Nach der Beschlussfassung über die Zulassung der Wahlvorschläge gemäß § 12 Abs. 1 ist eine Beseitigung der Mängel nicht mehr möglich.
- (3) Die Zurücknahme von Wahlvorschlägen, von Unterschriften unter einem Wahlvorschlag oder von Zustimmungserklärungen von Bewerber*innen ist nur bis zum Ablauf der Einreichungsfrist für die Wahlvorschläge zulässig.
- (4) Sofern innerhalb der Frist aus Abs. 1 Satz 1 für einen Fachbereich keine Liste aufgestellt wurde, gibt die WSSK dies unverzüglich in geeigneter Weise bekannt. Nach Ablauf der Frist aus Abs. 1 Satz 1 beginnt eine Nachfrist von 4 Tagen zu laufen. Dies gilt nicht im Falle von außerordentlichen Neu- oder Nachwahlen.

§ 11 Form und Inhalt der Wahlvorschläge

- (1) Die Vorschläge für die jeweiligen Fachbereichsvertretungen dürfen maximal elf Personen enthalten. Sie müssen mindestens fünf Unterstützer*innen nachweisen. Die Unterstützung mehrerer Fachbereichsvertretungsvorschläge ist möglich.
- (2) Die Vorschläge für die Initiativen dürfen maximal 15 Personen enthalten. Sie müssen mindestens 20 Unterstützer*innen nachweisen. Die Unterstützung mehrerer Initiativen ist möglich.
- (3) Die Wahlvorschläge führen einen Namen. Der Name darf nicht länger als 25 Zeichen sein.
- (4) Die Wahlvorschläge sollen immer abwechselnd weibliche* und männliche* Kandidatinnen enthalten. Wird hiervon abgewichen, so ist dies gegenüber der WSSK schriftlich zu begründen. Die Begründung wird von der WSSK veröffentlicht.

(5) Unterstützer*innen eines Wahlvorschlags müssen für die betreffende Wahl und im entsprechenden Fachbereich wahlberechtigt sein; sie müssen folgende Angaben machen:

1. Vor- und Zuname,
2. Matrikelnummer,
3. die Fachbereichszugehörigkeit,
4. eigenhändige Unterschrift,
5. bei den ersten beiden Unterstützerinnen :
 - a) Adresse,
 - b) Telefonnummer,
 - c) E-Mail-Adresse.

Die*der erste Unterstützer*in ist zur Vertretung des Wahlvorschlags gegenüber der WSSK und dem Wahlausschuss berechtigt, die*der zweite Unterstützer*in vertritt diese*n.

(6) Für jede Bewerbung ist anzugeben:

1. Listenplatznummer,
2. Vor- und Zuname,
3. Matrikelnummer,
4. die Fachbereichszugehörigkeit,
5. Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse,
6. Bestätigung der Aufnahme in den Wahlvorschlag durch eigenhändige Unterschrift.

(7) Formulare für Wahlvorschläge (inkl. Zustimmungserklärungen der Wahlbewerber*innen) sowie für die Unterstützer*innenunterschriften werden auf der Website zum Download und im Sekretariat des Studierendenhauses zur Mitnahme bereitgestellt. Die Wahlvorschläge sollen zusätzlich in ein von der WSSK bereitgestelltes Online-Formular eingetragen werden.

(8) Ein*e Bewerber*in darf sich nicht in mehrere Wahlvorschläge für die Wahl desselben Gremiums aufnehmen lassen. Er*Sie kann auch nicht nach § 14 Abs. 3 Satz 2 auf einer weiteren Liste von Wähler*innen hinzugefügt werden. Stimmen, die in dieser Weise auf ein*e Bewerber*in entfallen sind, sind ungültig.

(9) Bewerber*innen gelten automatisch als Unterstützer*innen ihrer Liste.

§ 12 Beschlussfassung über die Wahlvorschläge

(1) Die WSSK entscheidet spätestens am 21. Tag vor dem Wahltag über die Zulassung der eingereichten Wahlvorschläge. Diese beschränkt sich bei außerordentlichen Neu- oder Nachwahlen auf acht Tage vor der Wahl. Zurückzuweisen sind Wahlvorschläge, die

1. nicht rechtzeitig eingereicht worden sind,
2. eine Bedingung oder einen Vorbehalt enthalten oder sich nicht auf die verlangten Angaben beschränken,
3. nicht ordnungsgemäß, insbesondere nicht von der erforderlichen Zahl Wahlberechtigter, unterzeichnet sind,
4. Fachbereichsvertretungsvorschläge sind und nicht zweifelsfrei erkennen lassen, für welche Fachbereichsvertretung sie gelten sollen.

(2) Der Name eines Wahlvorschlags gilt als nicht ordnungsgemäß eingereicht, wenn der Name fehlt, der Name den Anschein erweckt, es handle sich um eine Liste einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung, der Name aus anderen Rechtsgründen unzulässig ist oder beleidigend wirkt.

Tritt einer der Fälle nach Satz 1 Nr. 1 bis 3 ein, erhält der Wahlvorschlag den Namen der*des ersten Bewerber*in.

(3) In den Wahlvorschlägen sind diejenigen Bewerberinnen zu streichen,

1. die so unvollständig bezeichnet sind, dass Zweifel über die Person bestehen können,
2. deren Zustimmungserklärung fehlt,
3. die ihre Zustimmungserklärung vor Ablauf der Einreichungsfrist zurückgezogen haben,
4. die in mehreren Wahlvorschlägen für die Wahl desselben Gremiums aufgeführt sind,
5. die nicht wählbar sind.

(4) Die von der WSSK gefassten Beschlüsse und ihre Begründungen sind in eine Niederschrift aufzunehmen. Sie ist von allen Mitgliedern der WSSK zu unterzeichnen. Die eingereichten Wahlvorschläge sind der Niederschrift beizufügen.

(5) Wird ein Wahlvorschlag zurückgewiesen, ein Kennwort geändert oder nach Abs. 2 vergeben oder ein*e Bewerber*in gestrichen, so sind diese Entscheidungen der*dem Vertreter*in des Wahlvorschlags sowie der*dem betroffenen Bewerber*in unverzüglich mitzuteilen.

§ 13 Bekanntmachung der Wahlvorschläge

- (1) Spätestens am 14. Tag vor dem Wahltag gibt die WSSK die zugelassenen Wahlvorschläge bekannt. Diese beschränkt sich bei außerordentlichen Neu- oder Nachwahlen auf sieben Tage vor der Wahl.
- (2) Die Bekanntmachung hat zu enthalten:
 1. für jede Wahl und Wähler*innengruppe die zugelassenen Wahl Vorschläge in der Reihenfolge des Eingangs,
 2. Wahlmodalitäten insoweit sie sich nach der Bekanntmachung der Wahl geändert haben,
 3. Ort und Zeitpunkt der Auszählung und der Feststellung des Abstimmungsergebnisses.

Abschnitt IV: Durchführung der Wahl

§ 14 Wahl der Fachbereichsvertretungen

- (1) Die Wahl der Fachbereichsvertretung erfolgt in einer personalisierten Listenwahl.
- (2) Jede*r Wahlberechtigte hat eine Stimme. Bei der Wahl wird eine Stimme direkt an eine Person auf einer Liste vergeben. Alternativ ist eine Enthaltung möglich.
- (3) Die Listen der zur Wahl stehenden Personen sind abschließend. Stellt sich nur eine Liste zur Wahl und enthält diese Liste weniger als drei Kandidat*innen, kann abweichend von Satz 1 maximal eine Person zur Liste hinzugefügt werden. Diese Person muss aus dem Kreise der für diese Wahl wahlberechtigten Personen stammen.
- (4) Tritt bei einer Wahl keine Liste an, so können alle für diese Wahl wahlberechtigten Personen gewählt werden. Es darf maximal eine Person auf den entsprechenden Wahlunterlagen eingetragen werden. Für die Auszählung gilt Abs. 5 sinngemäß.

(5) Die Liste, auf die die meisten Stimmen entfallen, stellt die*den Fachbereichsvertreter*in. Fachbereichsvertreter*in ist, wer die meisten Stimmen innerhalb dieser Liste erhält. Die anderen Kandidat*innen der Liste werden Stellvertreter*innen. Die Reihung der Stellvertreter*innen richtet sich nach der Anzahl der auf die Personen entfallenen Stimmen. Besteht Stimmgleichheit, so richtet sich die Reihenfolge nach der ursprünglichen Listenplatzierung. Bei Personen die außerhalb einer Liste gewählt wurden, entscheidet bei Stimmgleichheit das Los. Kandidat*innen, die keine Stimme bekommen, können den Fachbereich nicht vertreten.

(6) Es kann gemäß § 17 Abs. 1 der Satzung maximal zehn Stellvertreter*innen geben. Ihre Anzahl kann durch die Geschäftsordnung des Fachbereichs nach § 17 Abs. 1 der Satzung weiter begrenzt werden.

§ 14a Wahl der Fachbereichsvertretungen bei elektronischer Wahl

- (1) Im Falle elektronischer Wahl gelten § 14 I, II, V und VI entsprechend.
- (2) Wurde für einen Fachbereich keine Liste eingereicht, kann für diesen Fachbereich keine Person gewählt werden.
- (3) § 14 Abs. 3 findet keine Anwendung.

§ 15 Außerordentliche Nach- und Neuwahlen

(1) Die Abwahl nach § 17 Abs. 6 der Satzung findet durch Neuwahl statt. Die Neuwahl richtet sich nach den Vorschriften zur Wahl der Fachbereichsvertretung. Es gelten abweichend die Fristen nach § 5 Abs. 2, § 8 Abs. 2, § 10 Abs. 1 Satz 2, § 12 Abs. 1 Satz 2 und § 13 Abs. 1 Satz 2. Zwischen dem Antrag auf Neuwahl der Fachbereichsvertretung und der Bekanntgabe des Ergebnisses der Neuwahl ruht das Mandat der Fachbereichsvertretung.

(2) Eine Nachwahl ist nur dann möglich, wenn keine Fachbereichsvertretung gewählt wurde, die gewählten Vertreter*innen die Wahl nicht angenommen haben, die gewählten Vertreter*innen ihre Wählbarkeit verlieren oder ihr Amt nach Annahme der Wahl niedergelegt haben (vgl. § 17 Abs. 1 Satz 5 der Satzung) und mindestens acht Mitglieder des Fachbereichs den Antrag auf Durchführung einer Nachwahl stellen. Die Nachwahl richtet sich nach den Vorschriften der Wahl der Fachbereichsvertretung. Es

gelten abweichend die Fristen nach § 5 Abs. 2, § 8 Abs. 2, § 10 Abs. 1 Satz 2, § 12 Abs. 1 Satz 2 und § 13 Abs. 1 Satz 2.

(3) Wurde die Wahl elektronisch durchgeführt, ist abweichend von Abs. 2 eine Nachwahl ausgeschlossen, wenn keine Fachbereichvertretung gewählt wurde, da keine Liste eingereicht worden war. Das entsprechende Amt wird durch die bisherigen Gewählten gem. § 36 I kommissarisch fortgeführt. Legen solche kommissarischen Amtsinhaber*innen ihr Amt nieder oder verlieren ihre Wählbarkeit, ist eine Nachwahl ausgeschlossen.

§ 16 Wahl der Initiativen

(1) Die Initiativen werden in personalisierter Listenwahl gewählt. Die Mandate werden nach einem ganzzahligen Höchstzahlverfahren, bei welchem die Folge mit null beginnt, vergeben (Adams-Verfahren). Treten weniger Initiativen an, als es Mandate zu vergeben gibt, erhält jede Initiative, auf die mindestens eine Stimme entfallen ist, einen Sitz. Die verbleibenden Mandate werden nach dem D'Hondt-Verfahren vergeben. Treten mehr Initiativen an, als es Mandate gibt, werden die Mandate an die zehn Initiativen mit den meisten Stimmen vergeben.

(2) Die den Initiativen zugesprochenen Mandate entfallen auf diejenigen Personen, die innerhalb der Liste die meisten Stimmen erhalten haben.

(3) Jede*r Wahlberechtigte kann bis zu 10 Stimmen abgeben. Dabei können Personen verschiedener Listen gewählt werden (panaschieren) und es dürfen bis zu 10 Stimmen an eine Person vergeben werden (kumulieren). Alternative kann der*die Wahlberechtigte sich enthalten. Wird mindestens eine Stimme abgegeben, so ist das Ausfüllen des Feldes

„Enthaltung“ unbeachtlich und führt nicht zu einer Ungültigkeit des Stimmzettels. Werden weniger als zehn Stimmen vergeben, so verfallen die nicht vergebenen Stimmen.

(4) Die Reihung der Stellvertreter*innen ergibt sich aus der Stimmenreihung der jeweiligen Liste. Besteht Stimmgleichheit, so richtet sich die Reihenfolge nach der ursprünglichen Listenplatzierung.

(5) Alle Mitglieder der Liste sind vertretungsberechtigt. Kandidat*innen, die keine Stimme bekommen, sind nicht vertretungsberechtigt. Eine Nachwahl bei Ausscheiden der Liste findet nicht statt.

§ 17 Urabstimmung

- (1) Die Urabstimmung richtet sich nach den Vorschriften in § 4 der Satzung.
- (2) Ein Antrag auf Urabstimmung nach § 4 Abs. 3 der Satzung von einem Prozent der Mitglieder der Studierendenschaft muss die Bestimmungen nach § 11 Abs. 5 erfüllen. Die Sammelfrist der Unterschriften beträgt maximal ein Jahr.
- (3) Die WSSK hat innerhalb von 14 Tagen über die Zulässigkeit der Urabstimmungsfrage zu entscheiden. Zur Vollversammlung zur Erörterung der Urabstimmungsfrage muss spätestens nach sieben Tagen nach Beschluss der WSSK über die Zulässigkeit der Urabstimmungsfrage eingeladen werden.
- (4) Ist die Frage zulässig und wurde sie auf einer Vollversammlung behandelt, so gibt die WSSK die Urabstimmungsfrage, den Termin und die Modalitäten bekannt. Die Bekanntmachung erfolgt nach § 5 Abs. 2 der Satzung. Die Bekanntmachung muss mindestens 14 Tage vor dem ersten Urabstimmungstag erfolgen.
- (5) Die Urabstimmung soll zeitgleich mit den allgemeinen Wahlen erfolgen. Sie muss spätestens 60 Tage nach Einreichen der Frage bei der WSSK durchgeführt werden. Dabei muss beachtet werden, dass die Urabstimmung sowie die Vollversammlung während der Vorlesungszeit stattfinden müssen. Mit Zustimmung der*des Antragssteller*in kann die WSSK von dieser Frist abweichen.

§ 17 a Urabstimmung bei elektronischer Wahl

Sind die allgemeinen Wahlen elektronische Wahlen, so soll die Urabstimmung als elektronische Abstimmung erfolgen. Die Regeln für elektronische Wahlen gelten entsprechend.

§ 18 Wahlräume

- (1) Die WSSK stellt genügend Wahlräume zur Verfügung. Die Wahlräume sollen möglichst bei zeitgleicher Wahl der Universitätsgremien mit diesen übereinstimmen.
- (2) Die dezentralen Wahlausschüsse und die von ihnen dazu ermächtigten Personen sorgen für die Ordnung in den Wahlräumen.
- (3) Wahlwerbung insbesondere in Wort, Ton, Bild oder Schrift ist im Wahlraum nicht gestattet.

§ 19 Stimmzettel

(1) Bei der Abstimmung dürfen nur amtliche Stimmzettel verwendet werden. Für die Herstellung der Stimmzettel sowie der für die Briefwahl erforderlichen Wahlumschläge und Wahlbriefumschläge sorgt die WSSK. Die Stimmzettel sind von der*dem Wähler*in so zu falten, dass für Dritte nicht erkennbar ist, wie sie*er gewählt hat.

(2) Der Stimmzettel darf nur die für die Wahl notwendigen Informationen enthalten. Die zugelassenen Wahlvorschläge werden auf dem Stimmzettel in der Reihenfolge ihres Eingangs aufgeführt. Separat wird die Option „Enthaltung“ aufgeführt. Für jede Wahl und Abstimmung müssen gesonderte Stimmzettel von gleicher Größe und Farbe verwendet werden, die die betreffende Wahl eindeutig bezeichnen. Für die einzelnen Wahlen und Abstimmungen können Stimmzettel verschiedener Farben und Größen verwendet werden.

§ 19a elektronische Stimmzettel

(1) Im Falle einer elektronischen Wahl erfolgt die Stimmabgabe auf einem elektronischen Stimmzettel.

(2) Der elektronische Stimmzettel ist entsprechend der Anleitung elektronisch auszufüllen und abzusenden.

§ 20 Ausübung des Wahlrechts

Die*der Wahlberechtigte kann ihr*sein Wahlrecht nur persönlich ausüben. Wahlberechtigte, die durch Behinderung oder chronische Krankheit gehindert sind, ihre Stimme allein abzugeben, können sich der Hilfe einer Vertrauensperson bedienen.

§ 21 Stimmabgabe im Wahlraum

(1) Nach dem Betreten des Wahlraums zum Zwecke der Stimmabgabe erhält die*der Wahlberechtigte den/die Stimmzettel. Ohne den Wahlraum zu verlassen, begibt sie*er sich damit an den Tisch mit der Schutzvorrichtung, füllt den/die

Stimmzettel aus und faltet ihn/sie einzeln so, dass die Stimmabgabe nicht erkennbar wird. Danach tritt sie*er an den Tisch des dezentralen Wahlausschusses, weist sich durch den Studierendenausweis aus und wirft den oder die gefalteten Stimmzettel sofort in die Wahlurne.

(2) Die Stimmabgabe wird hinter dem Namen der*des Wahlberechtigten in der dafür vorgesehenen Spalte des Wähler*innenverzeichnisses vermerkt.

(3) Der dezentrale Wahlausschuss hat eine*n Wähler*in zurückzuweisen,

1. die*der nicht im Wähler*innenverzeichnis enthalten ist,
2. deren*dessen Identität nicht eindeutig geklärt werden kann,
3. bereits einen Stimmabgabevermerk im Wähler*innenverzeichnis hat, es sei denn, sie*er weist nach, dass sie*er noch nicht gewählt hat,
4. ihren*seinen Stimmzettel außerhalb der Sichtschutzvorrichtung gekennzeichnet oder gefaltet hat,
5. ihren*seinen Stimmzettel so gefaltet hat, dass ihre*seine Stimmabgabe erkennbar ist oder ihn mit einem äußerlich sichtbaren, das Wahlgeheimnis offensichtlich gefährdenden, Kennzeichen versehen hat, oder
6. für den dezentralen Wahlausschuss erkennbar mehrere oder einen nicht amtlich hergestellten Stimmzettel abgeben, den Stimmzettel in einem Wahlumschlag oder mit dem Stimmzettel einen weiteren Gegenstand in die Wahlurne werfen will.
7. die*der laut Wähler*innenverzeichnis Briefwahlunterlagen erhalten hat.

§ 21a Stimmabgabe bei der elektronischen Wahl

(1) Die Wahlberechtigten erhalten auf Veranlassung der WSSK ihre jeweiligen Zugangsdaten sowie Informationen zur Durchführung der Wahl und der Nutzung des Wahlportals. Das Wahlportal ermöglicht die Stimmabgabe mittels Aufruf eines elektronischen Stimmzettels.

(2) Die Stimmabgabe erfolgt persönlich und unbeobachtet in elektronischer Form. Die Authentifizierung des Wahlberechtigten erfolgt durch die im Wahlschreiben genannten Zugangsdaten am Wahlportal. Der elektronische Stimmzettel ist entsprechend den im Wahlschreiben und im Wahlportal enthaltenen Anleitungen elektronisch auszufüllen und abzusenden. Dabei ist durch das verwendete elektronische Wahlsystem sicherzustellen, dass das Stimmrecht nicht mehrfach ausgeübt werden kann. Die Speicherung der abgesandten Stimmen muss

anonymisiert und so erfolgen, dass die Reihenfolge des Stimmeneingangs nicht nachvollzogen werden kann. Die Wahlberechtigten müssen bis zur endgültigen Stimmabgabe die Möglichkeit haben, ihre Eingabe zu korrigieren oder die Wahl abubrechen. Ein Absenden der Stimme ist erst auf der Grundlage einer elektronischen Bestätigung durch den*die Wähler*innen zu ermöglichen. Die Übermittlung muss für den*die Wähler*in am Bildschirm erkennbar sein. Mit dem Hinweis über die erfolgreiche Stimmabgabe gilt diese als vollzogen.

(3) Bei der Stimmeneingabe darf es durch das verwendete elektronische Wahlsystem zu keiner Speicherung der Stimme des*der Wähler*in in dem von ihm hierzu verwendeten Computer kommen. Es muss gewährleistet sein, dass unbemerkte Veränderungen der Stimmeneingabe durch Dritte ausgeschlossen sind. Auf dem Bildschirm muss der Stimmzettel nach Absenden der Stimmeneingabe unverzüglich ausgeblendet werden. Das verwendete elektronische Wahlsystem darf die Möglichkeit für einen Papiausdruck der abgegebenen Stimme nach der endgültigen Stimmabgabe nicht zulassen. Die Speicherung der Stimmabgabe in der elektronischen Wahlurne muss nach einem nicht nachvollziehbaren Zufallsprinzip erfolgen. Die Anmeldung am Wahlsystem, die Auswahl und Abgabe der Stimme sowie persönliche Informationen und IP-Adressen der Wahlberechtigten dürfen nicht protokolliert werden.

(4) Die Stimmabgabe in elektronischer Form soll während der regulären Öffnungszeiten auch im Sekretariat möglich sein.

§ 21b Störungen der elektronischen Wahl

(1) Ist die elektronische Stimmabgabe während der Wahlfrist aus technischen Gründen den Wahlberechtigten nicht möglich, kann die WSSK die Wahlfrist verlängern. Die Verlängerung muss allgemein bekannt gegeben werden.

(2) Werden während der elektronischen Wahl Störungen bekannt, die ohne Gefahr eines vorzeitigen Bekanntwerdens oder Löschens der bereits abgegebenen Stimmen behoben werden können und eine mögliche Stimmenmanipulation ausgeschlossen ist, kann die WSSK solche Störungen beheben oder beheben lassen und die Wahl fortsetzen; andernfalls ist die Wahl ohne Auszählung der Stimmen zu stoppen. Wird die Wahl fortgesetzt, ist die Störung und deren Dauer im Protokoll zur Wahl zu

vermerken. Im Falle des Abbruchs der Wahl entscheidet die WSSK über das weitere Verfahren.

§ 21c Technische Anforderungen bei elektronischer Wahl

(1) Elektronische Wahlen dürfen nur dann durchgeführt werden, wenn das verwendete elektronische Wahlsystem aktuellen technischen Standards, insbesondere den Sicherheitsanforderungen für Online-Wahlprodukte des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik entspricht. Das System muss die in den nachfolgenden Absätzen aufgeführten technischen Spezifikationen besitzen.

(2) Zur Wahrung des Wahlgeheimnisses müssen elektronische Wahlurne und elektronisches Wahlverzeichnis auf verschiedener Serverhardware geführt werden. Das Wahlverzeichnis soll auf einem universitätseigenen Server gespeichert sein.

(3) Die Wahlserver müssen vor Angriffen aus dem Netz geschützt sein, insbesondere dürfen nur autorisierte Zugriffe zugelassen werden. Autorisierte Zugriffe sind insbesondere die Überprüfung der Stimmberechtigung, die Speicherung der Stimmabgabe zugelassener Wähler*innen, die Registrierung der Stimmabgabe und die Überprüfung auf mehrfacher Ausübung des Stimmrechtes (Wahldaten). Es ist durch geeignete technische Maßnahmen zu gewährleisten, dass im Falle des Ausfalles oder der Störung eines Servers oder eines Serverbereiches keine Stimmen unwiederbringlich verloren gehen können.

(4) Das Übertragungsverfahren der Wahldaten ist so zu gestalten, dass sie vor Ausspäh- oder Entschlüsselungsversuchen geschützt sind. Die Übertragungswege zur Überprüfung der Stimmberechtigung des*der Wähler*in sowie zur Registrierung der Stimmabgabe im Wähler*innenverzeichnis und die Stimmabgabe in die elektronische Wahlurne müssen so getrennt sein, dass zu keiner Zeit eine Zuordnung des Inhalts der Wahlentscheidung zum*zur Wähler*in möglich ist.

(5) Die Datenübermittlung muss verschlüsselt erfolgen, um eine unbemerkte Veränderungen der Wahldaten zu verhindern. Bei der Übertragung und Verarbeitung der Wahldaten ist zu gewährleisten, dass bei der Registrierung der Stimmabgabe im Wähler*innenverzeichnis kein Zugriff auf den Inhalt der Stimmabgabe möglich ist.

(6) Die Wähler*innen sind über geeignete Sicherungsmaßnahmen zu informieren, mit denen der für die Wahlhandlung genutzte Computer gegen Eingriffe Dritter nach

dem aktuellen Stand der Technik geschützt wird. Die Kenntnisnahme der Sicherheitshinweise ist vor der Stimmabgabe durch den*die Wähler*in verbindlich in elektronischer Form zu bestätigen.

§ 22 Briefwahl

- (1) Ein*e Wahlberechtigte*r, die*der zum Zeitpunkt der Wahl verhindert ist, die Abstimmung im Wahlraum vorzunehmen, erhält auf schriftlichen Antrag einen Briefwahlschein und die Briefwahlunterlagen (Stimmzettel, einen den Fachbereich zugeordneten Wahlumschlag und Wahlbriefumschlag). Der Briefwahlschein wird von der WSSK erteilt. Die Ausgabe von Briefwahlscheinen und die Aushändigung oder Übersendung der Briefwahlunterlagen ist im Wähler*innenverzeichnis zu vermerken.
- (2) Die Wahlumschläge müssen undurchsichtig, von gleicher Größe und Farbe und amtlich gekennzeichnet sein.
- (3) Der Wahlbriefumschlag muss den Vermerk „Briefwahl“ tragen und mit der Anschrift der WSSK versehen sein. Die*der Briefwähler*in ist darauf hinzuweisen, dass sie*er die Kosten der Übersendung zu tragen hat.
- (4) Briefwahlunterlagen können nur bis zum dritten Arbeitstag vor dem ersten Wahltag beantragt und ausgegeben werden. Das Risiko einer längeren Versanddauer trägt die*der Wähler*in.

§ 22a Briefwahl bei elektronischer Wahl

Im Falle einer elektronischen Wahl entfällt die Möglichkeit der Briefwahl.

§ 23 Stimmabgabe durch Briefwahl

- (1) Bei der Briefwahl füllt die*der Wahlberechtigte den/die Stimmzettel aus, steckt diese/n in den amtlichen Wahlumschlag und verschließt diesen. Sie*er bestätigt auf dem Briefwahlschein durch Unterschrift, dass sie*er den/die beigefügten Stimmzettel persönlich gekennzeichnet hat und legt den Briefwahlschein mit dem Wahlumschlag in den amtlichen Wahlbrief ein.
- (2) Der Wahlbrief ist an die vorgedruckte Anschrift der WSSK freigemacht zu übersenden oder im Sekretariat der Studierendenschaft abzugeben. Die WSSK oder

ein*e von ihr mit der Ausgabe der Briefwahlunterlagen beauftragte befähigte Person kann der*dem Wahlberechtigten die Möglichkeit geben, bei persönlicher Abholung der Briefwahlunterlagen die Briefwahl an Ort und Stelle unter Wahrung des Wahlgeheimnisses auszuüben. Die WSSK oder die*der Befähigte nimmt sodann den Wahlbrief entgegen.

(3) Die Stimmabgabe gilt als rechtzeitig erfolgt, wenn der Wahlbrief bis zum Schluss der Abstimmung im Sekretariat eingeht. Auf dem Wahlbrief ist der Tag des Eingangs vermerken. Sind eingehende Wahlbriefe unverschlossen, so ist dies auf diesen Wahlbriefen zu vermerken.

(4) Die eingegangenen Wahlbriefe sind nach Weisung der WSSK bis zum Schluss der Abstimmung unter Verschluss ungeöffnet aufzubewahren. Danach öffnet die WSSK die Wahlbriefe und notiert die Stimmabgabe im Wähler*innenverzeichnis.

(5) Ein Wahlbrief ist zurückzuweisen, wenn

1. er nicht bis zum Ende der Frist aus Abs. 3 eingegangen ist,
2. er unverschlossen eingegangen ist,
3. dem Wahlbrief kein oder kein mit der vorgeschriebenen Versicherung versehener Briefwahlschein beigelegt ist,
4. dem Wahlbrief kein Wahlumschlag beigelegt ist. In den Fällen des Satzes 1 liegt eine Stimmabgabe nicht vor.

(6) Die zurückgewiesenen Wahlbriefe sind einschließlich ihres Inhalts auszusondern und im Falle des Abs. 5 Ziffer 1 ungeöffnet, im Übrigen ohne Öffnung des Wahlumschlags verpackt als Anlage der Niederschrift beizufügen; sie sind nach der Wahlprüfung zu vernichten.

(7) Die WSSK leitet die Wahlumschläge an die dezentralen Wahlausschüsse weiter, zu deren Fachbereich der*die Briefwähler*in gehört. Die dezentralen Wahlausschüsse öffnen die Wahlumschläge und werfen die Stimmzettel in die jeweiligen Urnen.

§ 24 Schluss der Abstimmung

Die*der Vorsitzende des dezentralen Wahlausschusses stellt das Ende der Abstimmungszeit fest. Danach dürfen nur noch die zu diesem Zeitpunkt im Wahlraum anwesenden Wahlberechtigten zur Abstimmung zugelassen werden. Haben sie abgestimmt und sind die den dezentralen Wahlausschüssen betreffenden Wahlbriefe

nach § 23 Abs. 5 behandelt, erklärt die*der Vorsitzende die Abstimmung für geschlossen.

§ 24a Schluss der Abstimmung bei elektronischer Wahl

Die Wahl endet zu dem Zeitpunkt, welcher in der amtlichen Wahlbekanntmachung festgelegt wurde, automatisch.

Abschnitt V: Auszählung und Bekanntgabe

§ 25 Öffentlichkeit

Die Ermittlung und Feststellung der Abstimmungs- und Wahlergebnisse erfolgen universitätsöffentlich in vorher dazu bestimmten und bekannt gemachten Räumen.

§ 25a Öffentlichkeit bei elektronischer Wahl

Bei elektronischen Wahlen sind technische Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen, die den Auszählungsprozess für jede*n Wähler*in jederzeit reproduzierbar machen.

§ 26 Zeitpunkt der Ermittlung der Abstimmungsergebnisse

Die vorläufigen Abstimmungsergebnisse werden von den dezentralen Wahlausschüssen in der Regel unmittelbar nach Schluss der Abstimmung ermittelt; die Auszählung beginnt erst, wenn die Wahlumschläge aus der Briefwahl in die Urnen eingeworfen wurden.

§ 26a Zeitpunkt der Ermittlung der Abstimmungsergebnisse bei elektronischer Wahl

Wird die Wahl als elektronische Wahl durchgeführt, veranlasst die WSSK die computerbasierte universitätsöffentliche Auszählung der abgegebenen Stimmen unverzüglich nach Beendigung der elektronischen Wahl.

§ 27 Ermittlung der Zahl der Wähler*innen und Sammlung von Stimmzetteln

Vor dem Öffnen der Wahlurne werden alle nicht benutzten Stimmzettel vom Abstimmungstisch entfernt. Die*der Vorsitzende des dezentralen Wahlausschusses öffnet die Wahlurne. Anschließend werden die Stimmzettel entnommen und, getrennt nach den einzelnen Fachbereichswahlen und der Initiativenwahl, gezählt. Ihre Zahl muss mit der Summe der Zahl der Abstimmungsvermerke im Wähler*innenverzeichnis übereinstimmen. Ergibt sich auch nach wiederholter Zählung keine Übereinstimmung, ist dies in der Niederschrift anzugeben und, soweit möglich, zu erläutern.

§ 28 Ungültige Stimmzettel

- (1) Ungültig und bei der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses durch den dezentralen Wahlausschuss nicht anzurechnen sind Stimmzettel,
 1. bei denen es sich nicht um amtliche Stimmzettel handelt,
 2. die ganz durchgerissen oder ganz durchgestrichen sind,
 3. die mit beleidigenden Bemerkungen versehen sind oder ein auf die Person der*des Wähler*in hinweisendes Merkmal enthalten,
 4. aus denen sich der Wille der*des Wähler*in nicht zweifelsfrei ergibt,
 5. in denen die zulässige Gesamtstimmenzahl überschritten ist,
 6. die keine Stimmabgabe enthalten.
- (2) Bei Briefwahl gilt neben Abs. 1 ein Wahlumschlag, der für die Wahl eines Gremiums keinen Stimmzettel enthält, als ein ungültiger Stimmzettel.
- (3) Ein beim betreffenden dezentralen Wahlausschuss in die falsche Urne geworfener Stimmzettel bleibt gültig. Der dezentrale Wahlausschuss sortiert ihn nach.

§ 28a Ungültige Stimmzettel bei elektronischer Wahl

Im Falle einer elektronischen Wahl werden ungültige Stimmzettel elektronisch festgestellt.

§ 29 Ungültige Stimmen

- (1) Ungültige Stimmen sind bei der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses durch den dezentralen Wahlausschuss nicht anzurechnen.
- (2) Ungültig sind Stimmen,
 1. bei denen nicht erkennbar ist, für welche*n Bewerber*in diese abgegeben wurden,
 2. die für Personen abgegeben sind, die offensichtlich nicht wählbar sind.

§ 30 Auszählung

- (1) Die dezentralen Wahlausschüsse ermitteln für jede Wahl und jeden Fachbereich in ihrem Bereich die Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmzettel und der gültigen Stimmen.
- (2) Bei der Wahl der Fachbereichsvertreter*innen sowie der Initiativen werden folgende Zahlen ermittelt:
 1. die Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmzettel,
 2. die Zahl der Enthaltungen,
 3. die Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen,
 4. die auf alle Bewerber*innen eines jeden Wahlvorschlags entfallenen gültigen Stimmen,
 5. die auf die einzelnen Bewerber*innen entfallenen gültigen Stimmen.

§ 30a Auszählung bei elektronischer Wahl

Die Auszählung erfolgt bei der elektronischen Wahl elektronisch.

§ 31 Niederschrift über Abstimmung und Auszählung

- (1) Über den gesamten Verlauf der Abstimmung hat der dezentrale Wahlausschuss eine Niederschrift anzufertigen, aus der alle für die Abstimmung und für die Ermittlung des Abstimmungsergebnisses wesentlichen Umstände hervorgehen müssen.

- (2) Die Niederschrift hat in jedem Fall zu enthalten
 1. die Bezeichnung des Ausschusses,
 2. die Namen und Funktionen seiner Mitglieder sowie die Namen der Wahlhelfer*innen,
 3. den Wahltag, den Beginn und das Ende der Abstimmung,
 4. die Zahl, getrennt für jede Wahl,
 - a) der Stimmabgabevermerke im Wähler*innenverzeichnis,
 - b) der Enthaltungen, der gültigen und ungültigen Stimmzettel,
 - c) der gültigen Stimmen,
 5. die Unterschriften aller Mitglieder des Wahlausschuss.
- (3) Der dezentrale Wahlausschuss übergibt unverzüglich nach der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses der WSSK
 1. die Niederschrift,
 2. die Zähllisten, die bei der Stimmenauszählung angefallen sind,
 3. die Stimmzettel, Wahlumschläge und Wahlbriefumschläge,
 4. die Wähler*innenverzeichnisse,
 5. alle sonst entstandenen Urkunden und Schriftstücke.

§ 32 Zusammenführung und Prüfung der Ergebnisse; Feststellung des amtlichen Endergebnisses

- (1) Die WSSK hat die von den dezentralen Wahlausschüssen nach § 31 getroffenen Entscheidungen nachzuprüfen, gegebenenfalls das Ergebnis der Zählung zu berichtigen, die Entscheidungen in der Wahlniederschrift zu vermerken und die Ergebnisse zusammenzustellen.
- (2) Die WSSK überprüft, ob die Vorschriften dieser Wahl- und Urabstimmungsordnung eingehalten wurden.
- (3) Nimmt ein dezentraler Wahlausschuss seine Aufgaben nicht ordnungsgemäß wahr, so kann die WSSK nach einmaliger Aufforderung die Regelungen dieser Satzung einzuhalten, an seine Stelle treten.
- (4) Die WSSK stellt ein amtliches Endergebnis fest.

§ 32a Feststellung des amtlichen Endergebnisses bei elektronischer Wahl

Bei einer elektronisch durchgeführten Wahl stellt die WSSK das Ergebnis durch einen Ausdruck der computerbasierten Auszählungsergebnisse fest, der von zwei Mitgliedern der WSSK abgezeichnet wird.

§ 33 Niederschrift über die Wahl

(1) Die WSSK fertigt eine Wahlniederschrift an. Diese hat insbesondere zu enthalten:

1. Vermerke über gefasste Beschlüsse,
2. die Gesamtzahl, getrennt für jede Wahl
 - a) der in die Wähler*innenverzeichnisse eingetragenen Wahlberechtigten,
 - b) der Abstimmenden,
 - c) der Enthaltungen, der gültigen und ungültigen Stimmzettel,
 - d) der gültigen Stimmen,
 - e) die auf alle Bewerber*innen eines jeden Wahlvorschlags entfallenen gültigen Stimmen,
 - f) die auf die einzelnen Bewerber*innen entfallenen gültigen Stimmen.
3. das Ergebnis der Nachprüfung von Entscheidungen über die Gültigkeit von Stimmzetteln und Stimmen,
4. die Unterschriften aller Mitglieder der WSSK.

(2) Mit der Unterzeichnung der Wahlniederschrift ist das Wahlergebnis festgestellt.

§ 33a Niederschrift über die Wahl bei elektronischer Wahl

Bei elektronischer Wahl gilt § 33 entsprechend, sofern die Regelung auf eine elektronische Wahl anwendbar sind.

§ 34 Bekanntmachung des Wahlergebnisses; Annahme der Wahl

- (1) Die WSSK gibt die Namen der Gewählten sowie der Stellvertreter*innen bekannt. Die Bekanntmachung des Wahlergebnisses hat alle Angaben des § 33 Abs. 1 Ziffer 2 zu enthalten. Ferner sollen Prozentsätze angegeben werden.
- (2) Die WSSK hat die Gewählten und Stellvertreter*innen unverzüglich von ihrer Wahl schriftlich oder per E-Mail zu benachrichtigen. Geht von Gewählten innerhalb von zehn Tagen nach Zugang der Benachrichtigung keine schriftliche Ablehnung der Wahl ein, so gilt die Wahl als angenommen. Die Ablehnung kann gegenüber der WSSK per E-Mail erklärt werden.
- (3) Wird die Wahl von einer gewählten Person rechtswirksam nicht angenommen, rückt der*die gemäß § 33 Abs. 2 nächstfolgende Stellvertreter*in nach. Abs. 2 gilt entsprechend.

Abschnitt VI: Nach der Wahl

§ 35 Aufbewahrung der Wahlunterlagen

Die gesamten Wahlunterlagen sind bis zum Ablauf der Amtszeit der Gewählten von der WSSK aufzubewahren.

§ 36 Amtszeit, Ausscheiden, Nachrücken, Nachwahl

- (1) Die Amtszeit der gewählten Mitglieder der Gremien beginnt in der Regel jeweils am 1. Oktober und endet am 30. September des Folgejahres. Findet die Wahl erst zu einem späteren Zeitpunkt statt, so führen die bisherigen Mitglieder die Geschäfte bis zur Wahl der neuen Mitglieder kommissarisch weiter; ihre Amtszeit verkürzt sich entsprechend.
- (2) Wenn ein gewähltes Mitglied eines Gremiums die Wählbarkeit verliert, sein Amt niederlegt oder aus einem sonstigen Grund ausscheidet, tritt an seine Stelle für den Rest der Amtszeit die*der nächstfolgende Stellvertreter*in. Ist die Liste erschöpft, so bleibt der betreffende Sitz unbesetzt.
- (3) Alle Angehörigen eines Gremiums können aus wichtigen Gründen nach § 9 Abs. 2 LHG zurücktreten. Gewählte, die auf keinem Wahlvorschlag kandidiert haben, können abweichend vom Landeshochschulgesetz Baden-Württemberg und § 34 Abs.

2 dieser Wahl- und Urabstimmungsordnung in den ersten 60 Tagen nach Feststellung des Wahlergebnisses auch ohne einen solchen Grund zurücktreten.

§ 37 Anfechtung und Wiederholung der Wahl

- (1) Es gelten §§31 bis 33 KomWG BaWü analog mit der Änderung, dass an Stelle der Rechtsaufsicht ein Wahlprüfungsausschuss tritt.
- (2) Der Wahlprüfungsausschuss muss vor der Wahl gebildet werden.
- (3) Die WSSK und alle anderen an der Durchführung der Wahl Beteiligten müssen dem Wahlprüfungsausschuss alle notwendigen Informationen zur Verfügung stellen.

Abschnitt VII: Schlussbestimmungen

§ 38 In-Kraft-Treten

Diese Ordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in den amtlichen Bekanntmachungen der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg in Kraft.

§ 39 Weitere Bestimmungen

In unregelmäßigten Fällen gelten die Regelungen der Satzung, des LHG und der Wahlordnung der Universität Freiburg entsprechend.

Anlage III zum Antrag der WSSK in der StuRa-Sitzung vom 21.07.2020

Argumente gegen Freitextfelder:

- Kosteneinsparung bei Onlinewahl (450€, Wahlausschusskosten)
- wenn nur Wahl von Liste möglich: nur seriöse Vorschläge gehen ein, weil schon Unterstützer*innen (keine Spaßvorschläge)
- Möglichkeit der Richtungswahl (Liste als ‚Partei‘ zu betrachten) statt Personenwahl (die auf Sympathie/ Popularität älterer Semester beruht)
- Menschen auf Liste bestätigen im Vorhinein quasi ihre Verfügbarkeit
- keine Lesbarkeits- und Beleidigungsprobleme
- bei Onlinewahl ohne Freitextmöglichkeit fällt Gremium des Wahlausschusses weg, wodurch geringere Entschädigungskosten und ein geringerer Organisations- und Arbeitsaufwand anfällt
- um zu verhindern, dass ein Fachbereich ohne Vertretung im StuRa dasteht, wird § 10 Abs. 4 (Nachfrist zum Einreichen von Listen) und § 15 Abs. 3 (Kommissarische Fortführung durch bisherige Amtsinhaber*innen) eingefügt

Argumente für Freitextfelder:

- Jeder Fachbereich erhält mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit einen „aktuellen“, also neu besetzten, Sitz im Stura
- Gefahr, dass Neuregelung ohne Freitextfelder nicht bemerkt wird und teilweise Fachbereiche kommissarisch vertreten werden müssen



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom

21.07.2020

Titel:

Ordnung zu digitalen Sitzungen

Antragssteller*in:

Vorstand

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,

die folgende Ordnung zu digitalen Sitzungen zu erlassen.

Begründung:

Im vergangenen Semester wurde deutlich, dass es manchmal zwingend notwendig ist, in digitaler Form zu tagen. Dies ist aber in den Satzungen und Ordnungen der VS nicht vorgesehen. Im Sommersemester 2020 hatten wir daher eine Sondergenehmigung des Rektorats, die es uns ermöglicht hat, in allen Gremien digital zu tagen. Diese Genehmigung läuft Ende September aus.

Daher benötigen wir nun eine eigene Regelung. Die aktuelle diskutierte Satzungsänderung sieht daher einen neuen Abs 1(a) in Paragraph 2 vor, der diese Möglichkeit etabliert. Alles weitere soll - entsprechend dieser Satzung - in einer separaten Ordnung geregelt werden, diese legen wir hiermit vor. Es ist wichtig, dass wir entsprechende Bedingungen vor Ende September schaffen, da die Möglichkeit zu digitalen Sitzungen sonst nicht weiter besteht.

Hinweise:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (bspw. "Mitarbeiter*innen" statt "Mitarbeiter").

Sollte der Platz auf diesem Formular nicht ausreichen ist ein Anhang zu verwenden.

Ordnung zu digitalen Sitzungen der Verfassten Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Auf Grund des § 2 der Organisationssatzung der Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg vom 17. Mai 2013 (Organisationssatzung) zuletzt geändert am XX.XX.2020 hat sich die Verfasste Studierendenschaft die nachfolgende Ordnung zu digitalen Sitzungen gegeben. Der Studierendenrat hat ihr am XX.XX.2020 zugestimmt.

§ 1 Allgemeines

(1) Gemäß ihrer Organisationssatzung § 2 Abs. 1(1) können die Organe und Gremien der Verfassten Studierendenschaft mit Hilfe elektronischer technischer Verfahren, insbesondere Telefon- und Videokonferenzen, Sitzungen durchführen und Beschlüsse fassen, wenn eine Präsenzsitzung in begründeten Fällen nicht stattfinden kann. Die Vorschriften in der Organisationssatzung, sowie allen Geschäftsordnungen, insbesondere zur Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung bleiben unberührt.

(2) Die Wahl der digitalen Sitzung muss durch eine Notsituation begründet werden. Als Notsituationen gelten außergewöhnliche Lagen, in denen Präsenzsitzungen nicht möglich, verhältnismäßig oder zulässig sind; insbesondere, wenn Gesetze oder gerichtliche oder behördliche Entscheidungen ein Zusammentreten vor Ort verhindern.

(3) Die Entscheidung über die Durchführung einer Video- oder Telefonkonferenz für Sitzungen des Studierendenrats trifft das Präsidium in Absprache mit dem Vorstand, wobei im Grundsatz Präsenzsitzungen Vorrang einzuräumen ist, sofern die notwendigen Voraussetzungen, wie z.B. infektionsschutzrechtliche Vorgaben, gewährleistet sind. Die Auswahl eines geeigneten Systems obliegt dem Präsidium in Absprache mit dem Vorstand unter Beachtung sonstiger rechtlicher Vorgaben.

(4) Die Entscheidung über die Durchführung einer Video- oder Telefonkonferenz für Sitzungen aller anderen Gremien trifft die Sitzungsleitung in Absprache mit dem Vorstand, wobei im Grundsatz Präsenzsitzungen Vorrang einzuräumen ist, sofern die notwendigen Voraussetzungen, wie z.B. infektionsschutzrechtliche Vorgaben, gewährleistet sind. Die Auswahl eines geeigneten Systems obliegt dem Vorstand unter Beachtung sonstiger rechtlicher Vorgaben.

§2 Datenschutz

(1) Die Auswahl eines geeigneten Systems ist unter Beachtung der rechtlichen Vorgaben, insbesondere dem Datenschutz vorzunehmen. Bei der Auswahl von Video- oder Telefonkonferenzsystemen ist unter anderem darauf zu achten, dass der Anbieter weder Metadaten, welche Person zu welchem Zeitpunkt mit welcher anderen Person kommuniziert noch die Inhaltsdaten der Kommunikation für eigene Zwecke auswertet oder an Dritte weitergibt.

(2) Ein Mitschnitt der Video- oder Telefonkonferenz ist untersagt.

(3) Auf alle relevanten Informationen zum Datenschutz ist in der Einladung, sowie der Bekanntmachung der Sitzung, hinzuweisen.

§ 3 Durchführung der Sitzung

(1) Die Einberufung von Video- und Telefonkonferenzen erfolgt unter Angabe der Einwahldaten, die spätestens an dem der Video- oder Telefonkonferenz vorausgehenden Werktag mitgeteilt werden müssen; die Angabe des Ortes der Sitzung entfällt. Die Einladungen und Sitzungsunterlagen werden elektronisch übermittelt.

(2) Mit erfolgreicher Herstellung der Verbindung zu dem gewählten System gilt ein Mitglied als anwesend. Eine Verbindung gilt als erfolgreich hergestellt, wenn die Identität der Teilnehmenden festgestellt ist und sich diese den anderen Teilnehmenden mitteilen können.

(3) Soweit in Satzungen oder Ordnungen vorgesehen ist, dass bestimmte Verfahrenshandlungen schriftlich zu erfolgen haben, können diese auch in elektronischer Form vorgenommen werden.

(4) Sind Tagesordnungspunkte in öffentlicher Sitzung zu behandeln, ist die Beteiligung der Öffentlichkeit über geeignete elektronische Systeme zur Wiedergabe der Video- oder Telefonkonferenz sicherzustellen. In diesem Fall ist in geeigneter Form anzukündigen, dass die öffentliche Sitzung in Form einer Video- oder Telefonkonferenz durchgeführt wird. Die Ankündigung der öffentlichen Sitzung hat die Information zu enthalten, wie der öffentliche Teil der Video-oder Telefonkonferenz verfolgt werden kann.

(5) Sind Tagesordnungspunkte in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln, ist sicherzustellen, dass über die jeweiligen technischen Verfahren nur die berechtigten Gremienmitglieder zugeschaltet sind. Alle Gremienmitglieder haben an ihrem jeweiligen Aufenthaltsort zusätzlich sicherzustellen, dass die Video- oder Telefonkonferenz nicht durch unbefugte Personen mitverfolgt werden kann. Zu Beginn des nicht-öffentlichen Teils der virtuellen Sitzung haben die Gremienmitglieder in elektronischer Form zu erklären, dass sie sich während der gesamten virtuellen Sitzung alleine in einem nichtöffentlichen Raum befinden.

§4 Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung

(1) Die Beschlussfähigkeit des Gremiums ist durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen. Die Beschlussfassung hat so zu erfolgen, dass das Abstimmungsergebnis zweifelsfrei feststellbar ist und mehrfache oder unberechtigte Stimmabgaben ausgeschlossen sind.

(2) Kommt es während der Abstimmung zur Unterbrechung von Verbindungen, so soll eine angemessene Unterbrechung der Sitzung vorgenommen werden, damit sich die Gremienmitgliedern wieder mit dem System verbinden können. Die Angabe der zeitlichen Unterbrechung wird den Gremienmitgliedern unverzüglich durch einfache elektronische Form mitgeteilt. Kann die elektronische Verbindung auch nach einer zweiten zeitlichen Unterbrechung nicht wiederhergestellt werden und liegt aufgrund dieser Störung eine Beschlussunfähigkeit vor, ist ein neuer Termin zu bestimmen.

(3) Ist eine geheime Beschlussfassung erforderlich oder wird diese beantragt, ist die Beschlussfassung in einem schriftlichen oder elektronischen Verfahren herbeizuführen, in welchem eine geheime Stimmabgabe sicherstellt ist.

(4) Im Falle einer digitalen Sitzung gibt es die Möglichkeit von der entsprechenden Geschäftsordnung des jeweiligen Gremiums abzuweichen und per Umlaufverfahren abzustimmen. Hierfür sind wenn möglich Funktionsemailadressen zu verwenden. Eine geeignete Frist für den Zeitraum der Abstimmung muss festgelegt und im Protokoll der jeweiligen Sitzung festgehalten werden. Alle Mitglieder des Gremiums sind über die Veränderung des Abstimmungsverfahrens zu informieren.

§5 Inkrafttreten

Diese Ordnung tritt am Tag nach der Zustimmung des Studierendenrats in Kraft, frühestens aber sobald die 5. Änderungssatzung der Organisationssatzung der Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität in Kraft tritt.

Antragsteller*in:

Name/Fachbereich/Gruppe
Paul Fleing, Tobias Nauck für die Fachschaft Physik

Antragsinhalt:

Der Studierendenrat möge beschließen,
den letzten Teilsatz von §17 II der Satzung
*„Die*der Fachbereichsvertreter*in ist an das Votum der Fachbereichsvertretung gebunden.“*
zu ersetzen durch:
*„Die Fachbereichesvertreter*innen sind an Beschlüsse und Abstimmungen der
Fachbereichssitzung gebunden.“*

Begründung:

*Mit der alten Regelung, wäre es den Fachbereichesvertreter*innen möglich sich über die
Abstimmungen der Sitzung zu stellen. Dies sollte behoben werden und die
Fachbereichesvertreter*innen sollten an den Beschluss der Sitzung nicht an ihren eigenen
gebunden sein.
Auch die WSSK hat in einer Auslegung die irreführende Formulierung bestätigt.*

Hinweis:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter*innen“ statt „Mitarbeiter



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

Redaktionelle Änderung: Anpassen der Abschnittsnummerierung

Antragssteller*innen:

AK Satzungsänderungen

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,
die Abschnittsnummern in der Organisationssatzung wie folgt anzupassen:
Aus Abschnitt VII wird Abschnitt VI.
Aus Abschnitt VIII wird Abschnitt VII.
Aus Abschnitt IX wird Abschnitt VIII.

Begründung:

Der unerklärliche Sprung in der Nummerierung, welcher nun schon seit sieben Jahren fortbesteht, soll hiermit zugunsten einer linear ansteigenden Nummerierung weichen. Die ersten fünf Abschnittsnummern bleiben davon unberührt und -beeindruckt.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

§1 Abs 4 Einrichtung von Beratungsstellen

Antragssteller*innen:

AK Satzungsänderungen

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,
"den folgenden Absatz als neuen Absatz 4 in §1 anfügen:

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kann die Verfasste Studierendenschaft Stellen einrichten, die unter anderem zu Beratungs- und Informationszwecken für Studierende genutzt werden können. Diese werden mit dem Haushaltsplan nach §26 Abs 3 vom StuRa eingerichtet.
"

Begründung:

Die Studierendenschaft hat in den letzten Jahren mehrere Beratungsstellen (BAföG, Studieren mit Kind) eingerichtet. Diese sind bisher jedoch unklar definiert. Dieser Missstand wird hiermit behoben.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

§10 Abs. 1 Beschlussfähigkeit des StuRa

Antragssteller*innen:

AK Satzungsänderungen

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,
in §10 Abs. 1 Satz 1 Organisationssatzung "die Mehrheit" durch "mindestens die Hälfte" zu ersetzen.

Begründung:

Dies ist vor allem in der vorlesungsfreien Zeit wichtig für Beschlussfähigkeit, da es im Zweifel die Zahl der notwendigen Mitglieder und gültigen Abstimmungsübersichten um 1 senkt.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

§10 Abs. 1a Gültigkeit der Abstimmungen

Antragssteller*innen:

AK Satzungsänderungen

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,

§10 Abs. 1a in die Organisationssatzung einzufügen, mit dem Wortlaut: Die Beschlüsse des Studierendenrats sind gültig, wenn mindestens die Hälfte der aktiven Mitglieder [1 eine gültige Abstimmungsübersicht innerhalb der Abstimmungsfrist beim Präsidium eingereicht hat] [2 an der Abstimmung teilgenommen hat]. Dies gilt insbesondere auch dann, wenn die Sitzung nicht beschlussfähig ist. [3 Gehen nicht ausreichend Abstimmungsübersichten ein] [4 Nehmen nicht ausreichend viele Mitglieder an einer Abstimmung teil], wird die Abstimmungsfrist bis zum Ende der folgenden Sitzung verlängert.

Begründung:

”Abs. 1a Der StuRa stimmt regulär in einer Art Rundlaufverfahren ab, damit in den Fachbereichssitzungen über alle Abstimmungsgegenstände diskutiert und abgestimmt werden kann. Es bedarf der expliziten Entkopplung von Beschlussfähigkeit der Sitzung und Gültigkeit der Abstimmungen. Aktive Mitglieder können auch Abstimmungsübersichten einreichen, wenn sie nicht anwesend sind (z.B. digital oder per Post ans Sekretariat der VS. Dadurch kann es sein, dass der StuRa nicht beschlussfähig ist, die Abstimmungen aber trotzdem gültig. Diese Praxis soll nun fest in der Satzung verankert werden. Die Beschlussfähigkeit bezieht sich dann auf die Genehmigung der Protokolle, Änderung der TO u.a.

”



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

§10 Abs. 1b Abstimmungsfrist

Antragssteller*innen:

AK Satzungsänderungen

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,

§10 Abs. 1b in die Organisationssatzung einzufügen, mit dem Wortlaut: "Die ordentliche Abstimmungsfrist beginnt mit dem Versand der Abstimmungsübersicht durch das Präsidium im Anschluss an die Sitzung, auf der ein Abstimmungsgegenstand befasst wurde. Die Abstimmungsfrist endet mit dem Ende der folgenden Sitzung. In begründeten Ausnahmefällen kann von dieser Frist durch einen Verfahrensantrag abgewichen werden, näheres regelt die Geschäftsordnung des StuRa. Wird die ordentliche Abstimmungsfrist verkürzt, entfällt das imperative Mandat (gem §17 Abs 2) der Fachbereichsvertreter*innen. Eine Verkürzung der Abstimmungsfrist ist nicht zulässig, wenn der Gegenstand der Abstimmung eine Mitgliedschaft im Senat, dessen Kommissionen oder Ausschüssen und Unterausschüssen, oder im Universitätsrat ist.

Begründung:

Abs. 1b Die Abstimmungsfrist ist derzeit noch nicht explizit geregelt. Sie soll jeweils bis zum Ende der folgenden Sitzung gehen, damit alle Fachbereiche ihre Vertreter*innen mit imperativem Mandat gem §17 Abs 2 OS instruieren können. Außerdem soll es nicht mehr möglich sein, Personen ohne basisdemokratische Legitimation in höchste Gremien der Uni, wie Senat oder Universitätsrat, zu entsenden.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

§10 Abs. 2 Satz 2 Bekanntgabe Ruhende Mandate

Antragssteller*innen:

AK Satzungsänderungen

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,

§10 Abs. 2 Satz 2 Organisationssatzung wie folgt neu zu fassen: Ruht die Mitgliedschaft eines Fachbereichs oder eines*einer Abgeordneten, so muss dies durch das Studierendenratspräsidium baldmöglichst dem Studierendenrat sowie dem Mitglied mitgeteilt werden.

Begründung:

Die Satzung definiert hier nur das Vorgehen für Fachbereiche, dies stammt aus der Zeit als nur Fachbereiche ruhen konnten, dies wird geändert. Die redundante Formulierung wird entfernt.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

§10 Abs. 3 Mehrheiten und Quoren

Antragssteller*innen:

AK Satzungsänderungen

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,

”§10 Abs 3 wie folgt neu zu fassen:

’Der Studierendenrat beschließt über

1. Änderungen der Organisationssatzung mit der Zustimmung der Stimmen von zwei Dritteln seiner an der Abstimmung teilnehmenden Mitglieder. Ein Antrag auf Satzungsänderung darf nur in einer Studierendenratssitzung abgestimmt werden, wenn er auf mindestens zwei vorherigen Sitzungen des Studierendenrates erörtert wurde.

1a. die Wahl und Abwahl der Mitglieder der WSSK mit der Zustimmung der Stimmen von zwei Dritteln seiner an der Abstimmung teilnehmenden Mitglieder. Erreicht ein*e Kandidat*in das nötige Quorum im ersten Wahlgang nicht, kann ein zweiter Wahlgang abgehalten werden, das Quorum bleibt unverändert.

2. die Wahl der Vorsitzenden und der anderen AStA Mitglieder, sowie Erlass, Änderungen und Aufhebung der Geschäftsordnung des Studierendenrates, der Zuordnung der Studienfächer zu den Fachbereichen nach § 13 Abs. 2 sowie der Finanzsatzung und der sonstigen Satzungen, insbesondere des Haushalts-/Wirtschaftsplans, der Beitragsordnung sowie der Wahl- und Abstimmungsordnung mit der Zustimmung der Stimmen von der Mehrheit seiner an der Abstimmung teilnehmenden Mitglieder (absolute Mehrheit). Wird bei der Wahl der Vorsitzenden die absolute Mehrheit in zwei Wahlgängen nicht erreicht, genügt im dritten Wahlgang die einfache Mehrheit.

2a. die Abwahl der von ihm gewählten Personen mit der Mehrheit der Stimmen seiner an der Abstimmung teilnehmenden Mitglieder (absolute Mehrheit). Vor einer Abwahl ist eine Stellungnahme der WSSK einzuholen, ob ein Abweichen der gewählten Person von einem Beschluss der Studierendenschaft oder ihrer Organe festgestellt werden kann; betrifft die Abwahl ein WSSK-Mitglied, nimmt dieses an Beratung und Beschluss der Stellungnahme nicht teil.

3. alle anderen Angelegenheiten mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen ohne Berücksichtigung der Enthaltungen (einfache Mehrheit).

”

Begründung:

”Der Abschnitt sah unschön aus und war unstrukturiert. Es handelt sich um mehrere redaktionelle Änderungen, der Fließtext unterhalb der Punkte wurde in die jeweiligen Punkte selbst eingearbeitet. Die Änderungen der letzten Änderungssatzung sind hier ebenfalls eingearbeitet.

Inhaltlich wird 'Finanzordnung' in Finanzsatzung geändert.

Außerdem wird der zweite Wahlgang für die WSSK verankert, damit eine Situation wie am Anfang dieses akademischen Jahres nicht noch einmal entsteht.

Das Rektorat möchte das wir eine Finanzsatzung und keine Finanzordnung haben. Dies soll nun in der Satzung verankert werden.

„



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

§10 Abs. 6 Ideelle Unterstützung

Antragssteller*innen:

AK Satzungsänderungen

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,
in §10 der Organisationssatzung einen Abs. 6 hinzuzufügen: Der StuRa kann mit einfacher Mehrheit externe Gruppen zu ideell unterstützen Gruppen erklären. Näheres regelt die Geschäftsordnung des StuRa.

Begründung:

Die ideell unterstützten Gruppen tauchen bisher nicht in der Satzung auf. Dieser Missstand soll dahingehend geändert werden, dass diese in die Satzung aufgenommen werden. Den näheren Umgang mit diesen (wie wird man das, wie wird das jährlich aktuell gehalten, wie wird man sie wieder los, etc.) kann dann die StuRa-GO regeln.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

§10 Abs. 7 Bekanntgabe von Beschlüssen

Antragssteller*innen:

AK Satzungsänderungen

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,

”in §10 der Organisationssatzung einen Abs. 7 hinzuzufügen: Die Beschlüsse des Studierendenrats werden in der Niederschrift bekanntgegeben, und sollen in einer Beschlussdatenbank online zum Abruf bereitgestellt werden.

”

Begründung:

Die Satzung regelt noch nicht, wo Beschlüsse des StuRa bekanntgegeben werden. Dieser Missstand soll nun behoben werden.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

§10 Abs. 8 Inkrafttreten von Beschlüssen

Antragssteller*innen:

AK Satzungsänderungen

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,

”in §10 der Organisationssatzung einen Abs. 8 hinzuzufügen: Beschlüsse des Studierendenrats treten am Tag nach ihrer Abstimmung in Kraft.

”

Begründung:

Die Satzung regelt noch nicht, wann Beschlüsse des StuRa in Kraft treten. Dieser Missstand soll nun behoben werden.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

§11 Abstimmungsverfahren in die StuRa GO

Antragssteller*innen:

AK Satzungsänderungen

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,
in §11 einen Punkt 4 einfügen, mit dem Wortlaut "die Abstimmungsverfahren und das Abstimmungsprozedere".

Begründung:

Es ist schöner, wenn es auch in der Satzung steht, die GO regelt das bereits.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

§12 Abs. 1 Protokollstelle

Antragssteller*innen:

AK Satzungsänderungen

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,

”in §12 Abs. 1 der Organisationssatzung nach Satz 3 ’Die Niederschrift kann von einer dafür bei der Verfassten Studierendenschaft angestellten Person (Protokollstelle) oder einer vom Präsidium dazu beauftragten Person verfasst werden.’ hinzuzufügen.

”

Begründung:

Es gibt die Protokollstelle bereits. Das Präsidium ist für die Erstellung, aber nicht zwingend für das Erstellen des Protokolls verantwortlich.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

§12 Abs. 2 Zahl der Stellen im Präsidium

Antragssteller*innen:

AK Satzungsänderungen

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,

”in §12 Abs 2 Satz 1 der Organisationssatzung ‘drei’ durch ‘zwei’ zu ersetzen.

”

Begründung:

Das Erstellen des Protokolls wird von der Protokollstelle übernommen, im Wirtschaftsplan sind deshalb ab WS2020/21 nur noch Aufwandsentschädigungen für bis zu zwei Personen vorgesehen, nicht mehr für drei.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

§12 Abs. 2 StuRa Präsidium auf der VV

Antragssteller*innen:

AK Satzungsänderungen

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,

”in §12 Abs. 2 Organisationssatzung ‘außer ihrem Mandat im Studierendenrat’ in ‘ außer ihrem Mandat im Studierendenrat und dem Präsidium auf der Vollversammlung’ abzuändern.
”

Begründung:

Damit darf das StuRa-Präsidium auch offiziell Teil des Präsidium der VV sein, dies ist nach derzeitigem Stand fraglich.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

§28 Abs 3. Redaktionelle Änderungen durch das Präsidium

Antragssteller*innen:

AK Satzungsänderungen

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,

”einen §28 Absatz 3 in die Organisationssatzung mit dem Wortlaut ’Das StuRa-Präsidium wird ermächtigt, nach Beschlussfassung des Studierendenrats über die Satzung, Schreib- und Druckfehler oder offenbare redaktionelle Unrichtigkeiten zu berichtigen. Das Präsidium informiert den Studierendenrats in geeigneter Weise.’ einzufügen.

”

Begründung:

Das Präsidium soll redaktionelle Änderungen vornehmen dürfen. Der Absatz ist quasi aus der Grundordnung der Universität kopiert, dort ist ebenfalls eine Berechtigung zu redaktionellen Änderungen verankert.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

2Neuer Abs.1(a)

Antragssteller*innen:

AK Satzungsänderungen

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,
"den folgenden Text als neuen Absatz 1 (a) in §2 einfügen:

Die Gremien der Verfassten Studierendenschaft finden grundsätzlich in Präsenz statt. In begründeten Fällen können Sitzungen digital stattfinden. Alles Nähere regelt die Ordnung zu digitalen Sitzungen.
"

Begründung:

Durch die Corona-Pandemie konnte der StuRa nur digital tagen - hatte dafür jedoch aufgrund mangelnden Bedarfs in der Vergangenheit keine Regelung getroffen. Um in solchen Ausnahmesituationen in der Zukunft ohne Ausnahmeregelungen handlungsfähig zu bleiben, soll diese Möglichkeit grundsätzlich festgelegt werden.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

§5 VV Termin

Antragssteller*innen:

AK Satzungsänderungen

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,

”in §5 Abs. 2 Satz 3 ’Die Vollversammlung ist spätestens ein Jahr nach der letzten Vollversammlung einzuberufen’ durch ’Die Vollversammlung findet mindestens ein Mal im akademischen Jahr statt. Sie soll im Dezember stattfinden.’ zu ersetzen.

”

Begründung:

Mit der momentanen Formulierung rutscht die MV im Kalender immer weiter nach vorne. Dies macht mittelfristig ihre Durchführbarkeit zu einem akzeptablen Termin unmöglich.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

§7 Stellvertreterregelung im Senat

Antragssteller*innen:

AK Satzungsänderungen

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,

§7, Absatz 1, Satz 2 ändern zu: Er wählt die Mitglieder des AStA, der WSSK und alle studentischen, beratenden Senatsmitglieder, sowie deren Stellvertreter*innen.

Begründung:

Momentan haben wir keine Regelung, wie die Stellvertreter*innen der studentischen Senatsmitglieder sowie des beratenden Senatsmitglieds in ihr Amt gehievt werden. Da wir uns basisdemokratischer Prinzipien verschrieben haben, sollten wir auch hier Wahlen abhalten. Zudem pocht das Rektorat seit einiger Zeit auf eine eindeutige Regelung.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

RgA Autonom

Antragssteller*innen:

AK Satzungsänderungen

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,
"dem § 21 Abs. 1 folgenden Unterpunkt hinzuzufügen:

6. Studierende, die von Antisemitismus betroffen sind.
„

Begründung:

Die Aufgabe der Autonomen Referate ist es, der strukturellen und gruppenbezogenen Benachteiligung und Diskriminierung entgegenzuwirken und sich für die Representation der jeweiligen Gruppen stark zu machen.

Bisher waren als autonome Referate deklariert:

- Das Studieren ohne Hürden Referat (Studierende mit Beeinträchtigung und chronischer Krankheit)
- Das Regenbogenreferat (Sexuelle Orientierung)
- Das Genderreferat (Frauen/Gender/Geschlecht)
- Das BIPOC*-Referat (Studierende, die von Rassismus betroffen sind / früher internationale Studierende)
- Das Referat für Studierende mit familiären Verpflichtungen

Das Referat gegen Antisemitismus, das von seinem Aufgabenbereich auch gegen konkrete Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit arbeitet, gehört bislang nicht zu diesem Kreis. Dies soll sich durch diesen Antrag ändern, so dass auch hier die selben Rechte und Pflichten wahrgenommen werden können.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

§ 18 III Beschlussfähigkeit AStA

Antragssteller*innen:

AK Satzungsänderungen

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,
die Organisationssatzung der Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität wie folgt zu ändern:

Füge in § 18 III nach Satz 2 ein: Der AStA ist beschlussfähig, wenn er ordnungsgemäß einberufen wurde und mindestens die Hälfte der AStA-Mitglieder anwesend ist. Die Beschlussfähigkeit wird zu Beginn, danach auf Antrag festgestellt. Der AStA gilt als beschlussfähig, solange nicht das Gegenteil festgestellt wird. Ist der AStA in der dritten Sitzung in Folge durchgehend nicht beschlussfähig, werden Anträge an den StuRa gegeben.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

§ 19 III Quotierung Vorstand

Antragssteller*innen:

AK Satzungsänderungen

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,

die Organisationssatzung der Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität wie folgt zu ändern:

Ergänze nach § 19 III 3: "Personen mit einem nicht binären Geschlecht sind von dieser Quotierung ausgenommen."

Begründung:

Die bisherige Quotierungsregel für den Vorstand hat keine Aussage zu nicht binären Personen getroffen. Dies kann zu Unklarheiten führen. Weiterhin setzen wir damit rechtliche Vorgaben um, nicht binäre Personen nicht weiter außer acht zu lassen. Insofern ist eine Änderung hier zwingend.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

§ 19 Anzahl Vorstandsmitglieder

Antragssteller*innen:

AK Satzungsänderungen

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,
"die Organisationssatzung der Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität wie folgt zu ändern:

Ersetze § 19 I 1

Der Vorstand besteht aus mindestens einem Vorsitzenden und den Vorstandsreferent*innen, die gleichzeitig stellvertretende Vorsitzende sind.

durch

:

Der Vorstand besteht aus ein oder zwei Vorsitzenden sowie bis zu zwei Vorstandsreferent*innen.

Ersetze § 19 I 3

Besteht der Vorstand aus zwei Vorsitzenden, vertreten diese die Studierendenschaft gemeinschaftlich nach außen.

durch

:

Besteht der Vorstand aus zwei Vorsitzenden, vertreten diese die Studierendenschaft gemeinschaftlich nach außen. Den Vorstandsreferent*innen wird das Recht eingeräumt, die Vorsitzenden nach innen und außen zu vertreten.

Streiche § 19 IV ersatzlos

„

Begründung:

"Die Besetzung des Vorstands mit 4 Mitgliedern hat sich etabliert und wird bereits in der Praxis nicht mehr ausdrücklich vom StuRa bei jeder Wahl neu festgelegt.

Das LHG gibt die Wahl zwischen einem oder zwei Vorsitzenden. In Anbetracht der Größe der VS scheint es angebracht sich dauerhaft auf zwei Vorsitzende festzulegen und damit eine Vertretung nach außen nicht durch eine Person alleine erfolgen kann. Auch dies ist bereits gängige Praxis.

Um eine effektive Arbeit eines Vorstands aus vier Personen zu gewährleisten, obwohl wir formell auf 2 Vorsitzende beschränkt sind, ist es unerlässlich den Vorstandsreferent*innen umfassende Vertretungsrechte zuzusprechen.

„



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

§ 19 IVa Vorstandswahl

Antragssteller*innen:

AK Satzungsänderungen

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,
"die Organisationssatzung der Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität wie folgt zu ändern:

Füge in § 19 einen neuen Absatz 4a ein:

Die Vorstandsmitglieder werden in einer Wahl des StuRas gewählt. Pro Semester werden ein*e Vorsitzende*r und ein*e Vorstandsreferent*in gewählt. Die Amtszeit beträgt ein Jahr. Übergangsweise werden, nach in Kraft treten der Änderungssatzung, in der nächsten regulären Wahl, einmalig 2 Personen gewählt, deren Amtszeit nur ein halbes Jahr beträgt. Vorsitz und Vorstandsreferent*innen werden nach dem Schulze Verfahren besetzt.

"

Begründung:

Der Vorstand soll zukünftig zeitversetzt gewählt werden. Zwei Mitglieder beginnen ihre Amtszeit zum Sommersemester, zwei Mitglieder beginnen ihre Amtszeit im Wintersemester. Hierdurch gibt es stets 2 Mitglieder des Vorstands, die seit mindestens 6 Monaten im Amt sind. Es sind zu jedem Zeitpunkt mindestens zwei Mitglieder im Vorstand die eingearbeitet sind, die Abläufe und Personen kennen. Die Uni hat durchgehend Ansprechpersonen, die ihr bekannt sind. Das erleichtert die Einarbeitung, die Kommunikation mit der Uni und die Arbeit gerade in den ersten Monaten der Amtszeit.

Auch geht weniger Wissen verloren, da deutlich weniger Aspekte der Arbeit neu erarbeitet werden müssen. Inhaltliche Themen gehen nicht bei einer Amtsübergabe zu einem neuen Vorstand mit neuen Schwerpunkten unter. Schließlich ermöglicht die Änderung auch Personen, die im Wintersemester im Erasmus sind, sich direkt nach ihrem Erasmus auf das Vorstandsamt zu bewerben.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

§ 20 I 4 Stellvertretende Referent*innen

Antragssteller*innen:

AK Satzungsänderungen

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,

”die Organisationssatzung der Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität wie folgt zu ändern:

Ersetze § 20 I 4

Die Referate werden von Referent*innen vertreten.

durch

Die Referate werden von einer*einem Referent*in vertreten. Diese können mehrere Stellvertreter*innen haben.

”

Begründung:

Der Antrag stellt klar, dass jedes Referat nur ein*e Referent*in haben kann. Gleichzeitig werden erstmals stellvertretende Referent*innen angeführt.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

§ 20 III Kommissarische Weiterführung von Referaten

Antragssteller*innen:

AK Satzungsänderungen

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,
die Organisationssatzung der Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität wie folgt zu ändern:

Ersetze § 20 III

„Abweichend von § 2 Absatz 4 Satz 5 führen die Referent*innen nach Ablauf ihrer Amtszeit die Geschäfte nicht fort.“

durch:

„Abweichend von § 2 Absatz 4 Satz 7 führen die Referent*innen nach Ablauf ihrer Amtszeit die Geschäfte fort, bis der*die erste Referent*in des nachfolgenden AStA gewählt ist. Hiervon ausgenommen sind die Vorstandreferent*innen.“

Begründung:

Die Amtszeit der Referent*innen endet in der Regel mit Ende des Sommersemesters, also zum 30. September. Die neuen Referent*innen werden frühestens in der zweiten Sitzung des neuen Semesters gewählt, in der Regel einen Monat später. Ohne eine kommissarische Weiterführung besteht der AStA einen Monat nur aus dem Vorstand. Dies kann nicht gewollt sein.

Ein*e Referent*in soll jedoch auch nicht so lange im Amt bleiben, bis ein*e Nachfolger*in gewählt ist, da nicht jedes Referat jedes Jahr besetzt wird und sich die Amtszeit so um Jahre verlängern könnte. Entsprechend sollen die Referent*innen im Amt bleiben bis die ersten Referent*innen des neuen AStAs gewählt sind.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

§ 22 IIIa Vorabentscheidung WSSK

Antragssteller*innen:

AK Satzungsänderungen

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,
die Organisationssatzung der Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität wie folgt zu ändern:

Füge in § 22 einen neuen Absatz 3a ein:

”In Fällen, in denen in einem Gremium eine Entscheidung ansteht, deren Satzungskonformität in Frage gestellt wird, können alle Mitglieder der Studierendenschaft die WSSK anrufen. Diese Anfrage hat eine aufschiebende Wirkung für die Entscheidung des entsprechenden Gremiums, d.h. die Entscheidung darf weder getroffen werden noch von Handlungen vorweggenommen werden, bevor die entsprechende Stellungnahme vorliegt. Für Anfragen solcher Art gilt eine besondere Dringlichkeit; diese müssen innerhalb von 7 Tagen beantwortet werden.”

Begründung:

Bisher kann die WSSK bei Maßnahmen, deren Konformität mit der Satzung strittig ist, nur im Nachhinein angerufen werden. Die WSSK kann nur im Nachhinein feststellen, ob eine Maßnahme Satzungswidrig war. Es ist aber nicht hinzunehmen, dass eine Entscheidung, die Satzungswidrig ist, erst hingenommen werden muss, bevor die Möglichkeit besteht sich dagegen zu wehren.

Durch diesen Antrag soll nun die Möglichkeit bestehen die Rechtmäßigkeit zu überprüfen, noch bevor die Entscheidung getroffen ist. Damit durch die Prüfung der Rechtmäßigkeit keine zu lange Verzögerung entsteht, ist die WSSK angehalten die Prüfung der vorgelegten Frage schnellstmöglich, spätestens innerhalb einer Woche, abzuschließen. Bei der nächsten Gremiensitzung liegt die Antwort dann vor.

Änderungsantrag zum Antrag des AK Satzungsänderung zu § 22 Abs. 3a

Absatz 3a lautet im Antrag bisher wie folgt:

„In Fällen, in denen in einem Gremium eine Entscheidung ansteht, deren Satzungskonformität in Frage gestellt wird, können alle Mitglieder der Studierendenschaft die WSSK anrufen. Diese Anfrage hat eine aufschiebende Wirkung für die Entscheidung des entsprechenden Gremiums, d.h. die Entscheidung darf weder getroffen werden noch von Handlungen vorweggenommen werden, bevor die entsprechende Stellungnahme vorliegt. Für Anfragen solcher Art gilt eine besondere Dringlichkeit; diese müssen innerhalb von 7 Tagen beantwortet werden.“

Der Absatz soll folgendermaßen geändert werden:

„In Fällen, in denen in einem Gremium eine Entscheidung ansteht, deren Satzungskonformität in Frage gestellt wird, können alle Mitglieder der Studierendenschaft die WSSK anrufen. Wird eine entsprechende Anfrage an die WSSK gestellt und entscheidet sich das betroffene Gremium dazu, die Entscheidung nicht, bis eine Entscheidung der WSSK vorliegt, zu vertagen, so hat die Anfrage eine aufschiebende Wirkung für das Inkrafttreten der Entscheidung. In der Zeit bis zur Entscheidung der WSSK dürfen keine Handlungen vorweggenommen werden, welche nicht ohne wesentliche Folgen rückgängig gemacht werden können. Behauptet das betroffene Gremium eine besondere Dringlichkeit, so ist die Anfrage von der WSSK unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 7 Tagen zu beantworten. In einem solchen Fall kann die WSSK die Entscheidung zunächst ohne Begründung verkünden. Sie ist jedoch verpflichtet, die Begründung innerhalb von 3 Wochen nachzureichen.“

Begründung:

Erfolgt mündlich



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

§ 22 IV 2 Bindende Entscheidungen der WSSK

Antragssteller*innen:

AK Satzungsänderungen

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,

die Organisationssatzung der Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität wie folgt zu ändern:

Ersetze § 22 IV 2 :

”Die anderen Organe der Studierendenschaft sollen die Stellungnahmen über die Auslegung in ihre Beschlüsse miteinbeziehen.”

durch:

”Die Stellungnahmen der WSSK sind bindend für alle Organe der Verfassten Studierendenschaft.”

Begründung:

Entscheidungen der WSSK sind bisher nicht binden sondern eher empfehlend. Zukünftig soll den Entscheidungen der WSSK mehr Gewicht zukommen. Gremien sollen nicht die Möglichkeit haben WSSK Entscheidungen zu ignorieren und entgegen diese zu handeln.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

§ 26 VI 1 Aufgabenverteilung Jahresabschluss

Antragssteller*innen:

AK Satzungsänderungen

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,

”die Organisationssatzung der Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität wie folgt zu ändern:

Ersetze § 26 VI 1

’Nach Ende des Haushaltsjahres hat der AStA eine Jahresrechnung/ einen Jahresabschluss aufzustellen.’

durch

’Nach Ende des Haushaltsjahres hat der Vorstand eine Jahresrechnung/ einen Jahresabschluss aufzustellen.’

”

Begründung:

Das Aufstellen/ Unterzeichnen des Jahresabschlusses ist eine Aufgabe des Vorstands, nicht des AStA.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

§26 Wirtschaftsjahr

Antragssteller*innen:

AK Satzungsänderungen

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,

§26 Abs 1 Organisationssatzung wie folgt neu fassen: Das Wirtschaftsjahr beginnt am 01. April und endet am 31. März des Folgejahres.

Begründung:

Derzeit beginnt das Wirtschaftsjahr am 01. April, aber es hat kein Ende. Der Landesrechnungshof sagt zwar, dass ein Wirtschaftsjahr nicht länger als ein Jahr sein kann, aber so ist es präziser.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

§26 Abs 3 Wirtschaftsplan oder Haushaltsplan

Antragssteller*innen:

AK Satzungsänderungen

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,

§26 Abs 3 Satz 1 Organisationssatzung wie folgt neu fassen: "Der Studierendenrat beschließt mit der Zustimmung der Stimmen von der Mehrheit seiner an der Abstimmung teilnehmenden Mitglieder (absolute Mehrheit) darüber, ob statt eines Haushaltsplans (§106 LHO) ein Wirtschaftsplan (§110 LHO) geführt wird)."

Begründung:

In der aktuellen Fassung ist unklar, ob die Mehrheit der Mitglieder oder die Mehrheit der Stimmen entscheidend ist.



Antrag an den Studierendenrat

Sitzung vom 14.07.2020

Titel:

§4 Abs 1 Online Urabstimmung

Antragssteller*innen:

WSSK und Wahlkoordination

Antragstext:

Der Studierendenrat möge beschließen,
in § 4 Abs 1 Satz 1 der Organisationssatzung nach "Urnenabstimmung" noch "oder
Online-Wahl" einzufügen.

Begründung:

Es soll auch eine Online-Urabstimmung ermöglicht werden.